

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts traten entscheidende Neuerungen auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung ein, unumgänglich geworden durch die Verschärfung der sozialen Frage. Auch die gleichzeitig erstarkende Arbeiterbewegung wollte soziale Risiken für die potentiell und bereits tatsächlich Minderbemittelten abfedern. Zum Katalog der Maßnahmen gehörte eine Beratung in den immer komplizierter werdenden Rechtsfragen.

Vor allem Ansprüche, die durch die o. g. Gesetzgebung geschaffen worden waren, galt es im Einzelfall durchzusetzen. Bürgerliche, staatskonforme Kreise machten den Anfang. Während das sog. Armenrecht lediglich die durch die Führung eines Gerichtsprozesses entstehenden finanziellen Lasten aufging, hing die Wahrnehmung der vorgerichtlichen Möglichkeiten oft vom Geldbeutel des einzelnen ab. Erst in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstand eine breite Bewegung, die jedermann vorbeugende und umfassende Rechtsberatung zuteil werden lassen wollte. Juristische Beratung wurde in das Begriffssystem der sich reformierenden Wohlfahrtspflege eingerückt.

Die ersten Rechtsauskunftsstellen gingen aus gemeinnützigen, privaten Vereinen, konfessionellen Instanzen und der Gewerkschaftsbewegung hervor. 1890 gründete der „Katholische Volksverein“ in Essen die erste Auskunftsstelle.¹ Kurz darauf folgten die ersten gewerkschaftlichen Arbeitersekretariate, die Mitglieder, zum Teil auch Unorganisierte, in Fragen des Arbeitsrechts, der Sozialgesetzgebung und sonstigen rechtlichen Angelegenheiten berieten, dabei jedoch, dem eigenen Willen nach, gewerkschafts- und parteiorientierte Agitation unterlassen sollten.²

Die Arbeitersekretariate erfreuten sich regen Zuspruchs, wenn auch die Auskünfte für gewöhnlich nicht von studierten Juristen, sondern von engagierten, erfahrenen Gewerkschaftlern erteilt wurden. Somit lagen die beiden wichtigsten, von den Befürwortern der bald konkurrierenden kommunalen Rechtsauskunftsstellen³ vorgebrachten Argumente auf der Hand: Der Hinweis auf den Mangel an juristischer Qualifikation und der Vorwurf der Vermischung von Rechtsauskunft und politischer Beeinflussung.⁴ Welcher von beiden Faktoren, der Wunsch nach umfassender und fehlerfreier Beratung oder die Forderung nach politischer Neutralität der Arbeitersekretäre bis hin zur antigewerkschaftlichen Reaktion bürgerlicher Kräfte, in Deutschland als Motiv für die Gründung städtischer Initiativen überwog, kann nur von Stadt zu Stadt entschieden werden.

Für Lübeck scheint die Beantwortung der Frage einfach zu sein, kam es doch hier frühzeitig zu einem Konkurrenzkampf zwischen dem im Jahre 1900 entstandenen Arbeitersekretariat und der 1905 gegründeten Rechtsauskunftsstelle des bürgerlich geprägten „Vereins öffentliche Rechtsauskunftsstelle“. Am Beispiel dieser beiden Lübecker Stellen soll ein Teilbereich der Auseinandersetzung zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Sozialpolitik nachgezeichnet werden.

Holger Boettcher Rechtsauskunft für Minderbemittelte

Die Auseinandersetzung
zwischen Bürgertum und
Arbeiterbewegung am
Beispiel des Lübecker Ar-
beitersekretariats

1. Einleitung



Schleswig-Holstein heute

¹ Im Rechtsauskunftswesen spielten die katholischen Auskunftsstellen eine untergeordnete Rolle. Zu den Anfängen der Rechtsberatung für Minderbemittelte in Deutschland vgl. Hermann Link, Die gemeinnützige Rechtsauskunft vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege. Sonderabdruck aus „Concordia“ Nr. 11 vom 1. 6. 1916.

² Vgl. David E. Barclay, Rudolf Wissell als Sozialpolitiker, Berlin 1984, S. 38 ff. Auch: Martin Martiny, Die politische Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeiter-Sekretariate vor dem Ersten Weltkrieg. In: Heinz Oskar Vetter (Hg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1973, S. 153–174. – Vgl. die aufgrund ihres quellenähnlichen Charakters sehr atmosphärisch-aussagekräftige Darstellung von Richard Soudek, Die deutschen Arbeiter-Sekretariate, Leipzig 1902.

³ Hamm 1896, Mühlheim 1897. Vgl. das Schreiben des Bürgermeisteramtes Mühlheim an das Lübecker Polizeiamt vom 13. 6. 1904; Neues Senatsarchiv (NSA) VIII 46/2 im Archiv der Hansestadt Lübeck. Zur weiteren Entwicklung der Rechtsauskunftsstellen im Reich vgl. Hermann Link, Die Rechtsberatung der Minderbemittelten. Sonderabdruck aus „Concordia“ Nr. 1 vom 1. 1. 1914 sowie Ders., Die gemeinnützige Rechtsauskunft vor dem Kriege. Das Reichsarbeitsblatt

2. Arbeiterbewegung, Arbeitersekretariat und bürgerliche Rechtsaukunftsstelle bis zur Novemberrevolution

Auch wenn Lübeck bis heute in seinem äußeren Bild keinen Eindruck als Industriestadt erweckt, waren auch hier die typischen Auswirkungen der ersten Industrialisierungsphase zu spüren. Die 1866 eingeführte Gewerbefreiheit drängte die traditionelle handelskapitalistische Orientierung der Stadt zunehmend zurück. Die Schaffung von Industrievierteln wurde nun als staatliche Aufgabe angesehen. 1890 gab es in Lübeck bereits über 100 Fabriken. Hier ein paar Szenen und Dokumente aus dem anderen, dem „proletarischen“ Lübeck (Fotos: SPD-Kreisverband Lübeck)

Innenansicht einer Maschinen- und Schmiedewerkstatt in Lübeck, ca. 1905. Zu beachten ist der Unterschied in Pose und Kleidung zwischen Vorgesetzten (Bildmitte rechts) und Arbeitern (am Rand).

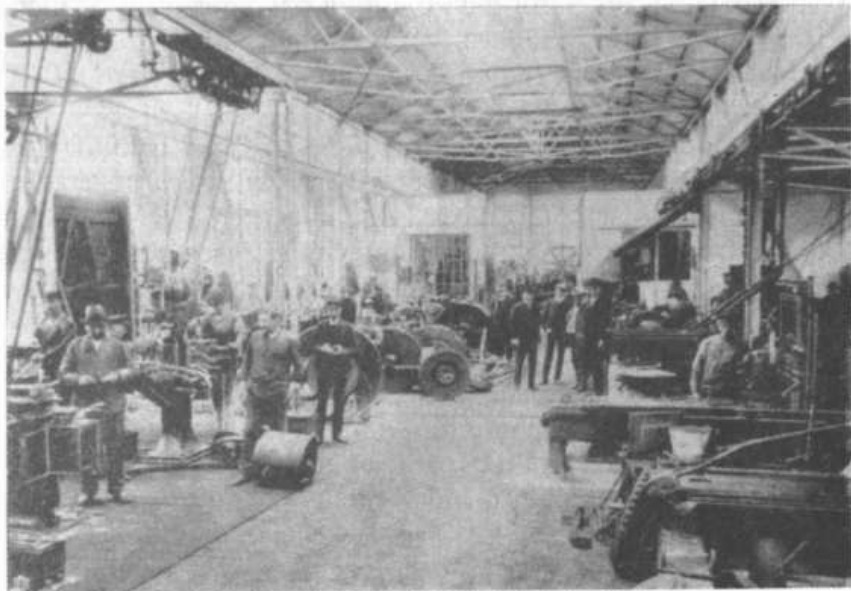
Heringsbraterei in Lübeck. Die Verarbeitung des Fisches, die in Lübeck auch schon im Mittelalter z. Zt. der Hanse eine große Rolle spielte, hatte hier auch noch zu Beginn des 20. Jahrhundert eine wichtige Bedeutung.

Der Lübecker Zentralfischmarkt auf der Wallhalbinsel. Im Hintergrund sieht man das Holstentor.

(RARbBl.) wies für 1906 20, für 1907 45 und für 1908 65 kommunale Rechtsauskunftsstellen aus.

⁴ Z. B. Link, Rechtsberatung, S. 2.

Auch im Lübeckischen Staat hatte das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ seine beabsichtigte Wirkung verfehlt. Die Genossen trafen sich im Rahmen neuer Organisationen, als Geselligkeitsveranstaltungen





Oeffentliche

Metallarbeiter- Versammlung

am Mittwoch den 16. October 1901

Abends 8 1/2 Uhr

im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstrasse 50 52.

Tages-Ordnung:

**Der wirtschaftliche Nothstand
unter den Lübecker Metallarbeitern.**

Referent: **R. Wissell.**

Collegen! Von Monat zu Monat ist als Folge der gegenwärtigen Krise die Arbeitslosigkeit grösser geworden. Hunderte von Familienvätern in unserem Berufe sehen mitummer und Sorge dem nahenden Winter entgegen. Was nun? das ist die Frage, die Jedem sich aufdrängt. Hierzu Stellung zu nehmen, ist der Zweck der Versammlung. Erscheint deshalb alle, Collegen der Werft und der übrigen Eisen- und Metallfabriken Lübecks, einerlei, ob gelernte oder ungelernete Arbeiter, alle seid ihr von der gleichen Noth betroffen.

Der Einberufer.

gen getarnt. Posten schirmten geheime Zusammenkünfte in den umliegenden Wäldern gegen das Ausspionieren durch Polizeispitzel ab. Seit dem Jahre 1884 stieg der Stimmenanteil der Lübecker Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen an.⁵ 1890 zog mit Theodor Schwartz erstmals ein Sozialdemokrat für Lübeck in den Reichstag ein. Im selben Jahr wurde das Sozialistengesetz aufgehoben.⁶ 1889 war die Gründung der „Lübecker Genossenschaftsbäckerei“ erfolgt. Sie erwies sich in der Folgezeit als ein wichtiges wirtschaftliches Standbein der Lübecker Arbeiterbewegung.⁷ Ursprünglich im Töpferweg ansässig, kaufte sie bald in der Johannisstrasse (heute Dr.-Julius-

ohne Kommentar (aus: Lübecker Volksbote, 15. 10. 1901).

⁵ Vgl. Tabelle I, zusammengestellt aus Hartmut Fuchs, Privilegien oder Gleichheit. Die Entwicklung des Wahlrechts in der freien und Hansestadt Lübeck 1875 bis 1920. Kiel 1971, S. 285 f. sowie Franz Osterroth, Chronik der Lübecker Sozialdemokratie 1866 bis 1972, Lübeck 1973, S. 33.

⁶ Vgl. Peter Asmussen, Lübeck zur Zeit der Sozialistengesetze 1871-1891, Lübeck 1982 sowie Kalman Stein, The Labour movement in Lübeck, 1866-1914, New York (Columbia University) 1976, S. 133 ff.

⁷ Vgl. hierzu und zum folgenden den Jubiläumsband Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e.G.m.b.H. in den ersten 25 Jahren ihre Bestehens 1889-1914, Lübeck 1914.

Leber-Straße) gelegene Grundstücke und errichtete hier das „Vereinshaus“ (ab 1910 „Gewerkschaftshaus“ genannt), das zur Zentrale der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung heranwuchs. Es beherbergte eine besonders für Arbeiter gedachte Bibliothek, die Parteidruckerei, die Parteizeitung „Lübecker Volksbote“, den Großen Saal, der, reich ausgestattet, etwa 1500 Menschen Platz bot, das Gewerkschaftskartell sowie das Arbeitersekretariat.

Der Verlust des Reichstagsmandates 1893 ließ die Idee zur Gründung einer eigenen Zeitung entstehen. Im März erschien die erste Ausgabe des „Lübecker Volksboten“⁸, mit dessen Hilfe Theodor Schwartz, Geschäftsführer des Blattes, 1897 wieder ins Parlament einzog. Von jetzt an war Lübeck bis 1933 stets durch einen „roten“ Abgeordneten vertreten.

Theodor Schwartz, 1914. T. Schwartz war eine der prägendsten Persönlichkeiten der frühen Arbeiterbewegung in Lübeck. Mehrmals zum Reichstagsabgeordneten gewählt, gelang es unter seiner Leitung schon 1898, in Lübeck eine absolute Mehrheit für die SPD zu erzielen. 1917 trat Schwartz aus Protest gegenüber der Kriegspolitik der SPD zur USPD über (Foto: SPD-Kreisverband Lübeck).



⁸ Zum „Lübecker Volksboten“ und seinen Vorläufern vgl. Ortwin Pelc, Die Anfänge der sozialdemokratischen Presse in Lübeck. In: Rainer Paetau/Holger Rüdell (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 255–278.

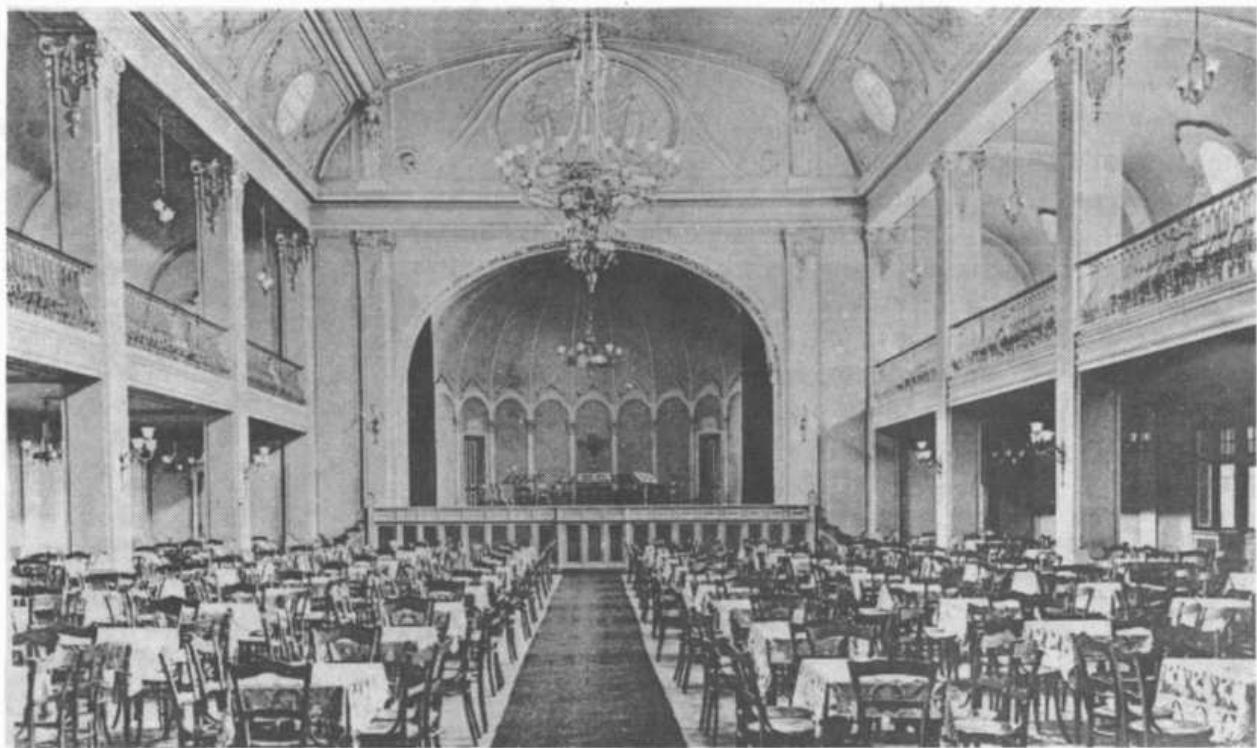
Auch nachdem sich die Sozialdemokratie wieder in jeder Hinsicht legal betätigen durfte, gingen die Bespitzelungen durch die Staatsgewalt bzw. deren Informanten weiter. Ein geheimer Polizeibericht an den Senat stellte das Vorherrschen einer Auffassung im Volk fest, nach der die nach wie vor „gegen die bestehende Gesellschaftsordnung gerichteten Umsturzbestrebungen“⁹ erlaubt seien. Die Polizei stände mit gebundenen Händen da. Über die Arbeiterschaft hinaus erziele die SPD Erfolge bei zahlreichen Bevölkerungsgruppen:

„Handwerksgesellen, die kleinen Wirthe, Gewerbetreibenden und Krämer, die Unterbeamten, zum nicht kleinen Theil auch die Subalternbeamten im Staats- und Gemeindedienst, die unteren Eisenbahnbeamten, namentlich untere Post- und Telegraphenbeamte gehören mit geringen Ausnahmen der Sozialdemokratie an“ . . . „Das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder findet sich in unendlich vielen Wohnun-

⁹ Polizeibericht vom 24. 9. 1893; NSA IV 1 B, 5/12.



Das Lübecker Gewerkschaftshaus in der Johannisstraße (heute: Dr.-Julius-Leber-Str.), gegen Ende des 19. Jahrhunderts errichtet. Hier konnten viele Aktivitäten organisiert werden und stattfinden. Links das eigentliche Gewerkschaftshaus, in der Mitte die Bücherei und Lesehalle, rechts die Druckerei.



Um von den Räumlichkeiten des Gastgewerbes unabhängig zu werden, (staatlicherseits war immer wieder Druck auf private Gaststätten ausgeübt worden, damit diese ihre Säle nicht für Veranstaltungen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellten) waren eigene Versammlungsortlichkeiten wichtig. Hier der „große Saal“, in dem 1500 Personen Platz finden konnten.

Nach dem Motto „Bildung ist Macht“ versuchten die Organisationen der Ar-

gen“ . . . „Kinder von 7–8 Jahren hört man die Arbeitermarseillaise singen oder pfeifen“.¹⁰

Beachtung verdient in diesem Zusammenhang ein ergänzender Bericht des nationalliberalen Senators Klügmann. Er hatte zunächst bemängelt, daß die Polizei die größtenteils privat organisierten Gegenmaßnahmen unerwähnt gelassen habe, und zwar

„Gründung neuer Kriegervereine, Volksunterhaltungsabende, Ferienkolonien, Volksküche, Bemühungen zur Beschaffung von Arbeit während der Wintermonate, Volksbiblio-

thek, Kleinkinderschulen, Bau von Arbeiterwohnungen, Einrichtung der Hebe- und Meldestelle zur Verminderung der Belästigungen aus der Invaliditäts- und Altersversicherung".¹¹

Der Staat, so der Senator in einem zweiten Dossier, dürfe nicht länger untätig bleiben, müsse vielmehr den Ausbau der sozialpolitischen Ansätze vorantreiben. Der Erfolg der Sozialdemokratie sei damit erklärbar, daß die Lübecker Partei den sozialistischen Charakter kaum betone und sich somit, ohne allerdings mit der marxistischen Zentrale in Berlin zu brechen, geschickt der in der Hansestadt vorherrschenden konservativ-gemächlichen Stimmung anpasse, „ohne direkten Angriff gegen die politische Verfassung des Reiches oder des Staates“, „ohne ultraradikale Forderungen“. ¹² Die Chance des Staates liege jetzt allein in der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Lübecker, in „Einrichtungen zur Ausgleichung der Klassengegensätze“. ¹³

Was anderenorts als „Vergewerkschaftung“ der Sozialdemokratie ¹⁴ kritisiert wurde, bildete in Lübeck, zusammen mit zahllosen personellen Überschneidungen bei SPD und Gewerkschaften ¹⁵, die Voraussetzung für den Erfolg der Arbeiterbewegung. Er fiel deshalb auch in einer Stadt wie Lübeck, in der die Industrialisierung vergleichsweise spät eingesetzt hatte und der Anteil des Industrieproletariats an der Gesamtbevölkerung niedriger war als anderenorts ¹⁶, überzeugend aus.

Einstweilen fand Senator Klüggmann mit seiner Einschätzung der Lage kaum das Gehör seiner politischen Freunde. Der Staat reagierte zu langsam und zu verhalten, um der wachsenden Popularität von SPD und Gewerkschaften wirksam entgegenarbeiten zu können.

1898 wurde die Frage der Errichtung eines Arbeitersekretariats in Lübeck erstmals diskutiert, aufgeworfen von August Kasch, einem Redakteur des „Lübecker Volksboten“. ¹⁷ Weil

beiterbewegung viele Bildungsmöglichkeiten anzubieten: Hier die Lesehalle der Bücherei, in der ständig 37 Tageszeitungen auslagen.

Der „Lübecker Volksbote“ – eine Zeitung der Arbeiterbewegung, 1894 gegründet, um der bürgerlichen Presse entgegenzutreten. Mit ihrer Hilfe konnte der Lübecker Kandidat der SPD 1897 wieder in den Reichstag einziehen.

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen.

Die Anzeigengebühr beträgt für die stündlichste Zeitungs- oder deren Raum 15 Wfg., für die viertelwöchentliche 10 Wfg., für die monatliche 20 Wfg. In der 1. Klasse des Reichsanzeigers 20 Wfg. In der 2. Klasse des Reichsanzeigers 15 Wfg. In der 3. Klasse des Reichsanzeigers 10 Wfg. In der 4. Klasse des Reichsanzeigers 5 Wfg. In der 5. Klasse des Reichsanzeigers 3 Wfg. In der 6. Klasse des Reichsanzeigers 2 Wfg. In der 7. Klasse des Reichsanzeigers 1 Wfg. In der 8. Klasse des Reichsanzeigers 0,50 Wfg. In der 9. Klasse des Reichsanzeigers 0,25 Wfg. In der 10. Klasse des Reichsanzeigers 0,10 Wfg. In der 11. Klasse des Reichsanzeigers 0,05 Wfg. In der 12. Klasse des Reichsanzeigers 0,02 Wfg. In der 13. Klasse des Reichsanzeigers 0,01 Wfg. In der 14. Klasse des Reichsanzeigers 0,005 Wfg. In der 15. Klasse des Reichsanzeigers 0,002 Wfg. In der 16. Klasse des Reichsanzeigers 0,001 Wfg. In der 17. Klasse des Reichsanzeigers 0,0005 Wfg. In der 18. Klasse des Reichsanzeigers 0,0002 Wfg. In der 19. Klasse des Reichsanzeigers 0,0001 Wfg. In der 20. Klasse des Reichsanzeigers 0,00005 Wfg. In der 21. Klasse des Reichsanzeigers 0,00002 Wfg. In der 22. Klasse des Reichsanzeigers 0,00001 Wfg. In der 23. Klasse des Reichsanzeigers 0,000005 Wfg. In der 24. Klasse des Reichsanzeigers 0,000002 Wfg. In der 25. Klasse des Reichsanzeigers 0,000001 Wfg. In der 26. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000005 Wfg. In der 27. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000002 Wfg. In der 28. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000001 Wfg. In der 29. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000005 Wfg. In der 30. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000002 Wfg. In der 31. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000001 Wfg. In der 32. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000005 Wfg. In der 33. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000002 Wfg. In der 34. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000001 Wfg. In der 35. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000005 Wfg. In der 36. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000002 Wfg. In der 37. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000001 Wfg. In der 38. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000005 Wfg. In der 39. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000002 Wfg. In der 40. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000001 Wfg. In der 41. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000005 Wfg. In der 42. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000002 Wfg. In der 43. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000001 Wfg. In der 44. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000005 Wfg. In der 45. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000002 Wfg. In der 46. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000001 Wfg. In der 47. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000005 Wfg. In der 48. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000002 Wfg. In der 49. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000001 Wfg. In der 50. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000005 Wfg. In der 51. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000002 Wfg. In der 52. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000001 Wfg. In der 53. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000005 Wfg. In der 54. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000002 Wfg. In der 55. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000001 Wfg. In der 56. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000005 Wfg. In der 57. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000002 Wfg. In der 58. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000001 Wfg. In der 59. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000005 Wfg. In der 60. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000002 Wfg. In der 61. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000001 Wfg. In der 62. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000005 Wfg. In der 63. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000002 Wfg. In der 64. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000001 Wfg. In der 65. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000005 Wfg. In der 66. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000002 Wfg. In der 67. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000001 Wfg. In der 68. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000005 Wfg. In der 69. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000002 Wfg. In der 70. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000001 Wfg. In der 71. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000005 Wfg. In der 72. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000002 Wfg. In der 73. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000001 Wfg. In der 74. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000005 Wfg. In der 75. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000002 Wfg. In der 76. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000001 Wfg. In der 77. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000005 Wfg. In der 78. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000002 Wfg. In der 79. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000001 Wfg. In der 80. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000005 Wfg. In der 81. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000002 Wfg. In der 82. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000001 Wfg. In der 83. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000000005 Wfg. In der 84. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000000002 Wfg. In der 85. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000000001 Wfg. In der 86. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000000005 Wfg. In der 87. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000000002 Wfg. In der 88. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000000001 Wfg. In der 89. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000000005 Wfg. In der 90. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000000002 Wfg. In der 91. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000000001 Wfg. In der 92. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000000000005 Wfg. In der 93. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000000000002 Wfg. In der 94. Klasse des Reichsanzeigers 0,00000000000000000000000000001 Wfg. In der 95. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000000000005 Wfg. In der 96. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000000000002 Wfg. In der 97. Klasse des Reichsanzeigers 0,000000000000000000000000000001 Wfg. In der 98. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000000000005 Wfg. In der 99. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000000000002 Wfg. In der 100. Klasse des Reichsanzeigers 0,0000000000000000000000000000001 Wfg.

Nr. 222.

Sonntag den 22. September 1901.

8. Jahrgang.

Willkommen in Lübeck!

Es großer Arbeit treten heute die Delegierten der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in unserer freien und Hansestadt zusammen; wir rufen ihnen zu Ehren der Lübecker Arbeiterkraft ein herzlich willkommen zu.

Das erhabene Volk Lübeds, soweit es sich zu den Angelegenheiten der internationalen Sozialdemokratie bezieht, ist stets glücklich, daß die Vertreter der Klassenpartei Arbeiter Deutschlands bei ihm Einkehr finden, um zu beraten, und die Beschlüsse festzusetzen, die Partei in den nächsten Jahren einschlagen kann zu dem großen und heiligen Ziel: der Befreiung des Volkes, zu gelangen.

Die Aufgaben zu lösen. Wohl steht die Wohnungsfrage als hauptsächlichster Punkt auf der Tagesordnung, doch braucht man nicht zu befürchten, daß bei dieser Frage die Geister heftig aufeinander schlagen werden. Darunter, wie dem Wohngeld der arbeitenden Klassen beizukommen ist, über die Mittel und Wege zur Abhilfe der Wohnungsnot, darüber dürfte sich Jedermann innerhalb unserer Partei völlig klar sein, wenn nicht auch bei eine oder andere das eine Mittel für geeigneter hält als das andere. Dies, viel mehr als die Wohnungsfrage wird die sogenannte Arbeitsfrage, die schon seit Monaten die Diskussion in Versammlungen und Presse beherrscht hat, den Parteitag beschäftigen. Verbinden wir uns doch die Augen nicht: die

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein kleines Sozialistengesetz (ähnlich dem kleinen thüringischen Raubhaaren) zu planen. Nach einer Mitteilung der „Kreuzzeitung“ sollen sämtliche Regierungen Thüringens Verabredungen getroffen haben, gegen die Sozialdemokratie in gleichmäßiger Weise vorzugehen. – In der Thüringer Provinz werden auf die „gemeinsten Verbrechen“ der Regierungen ebenfalls abgesehen, wie schon seit die Verabredungen auf das Reichsland der Sozialisten. Eine Bewegung wie die sozialdemokratische können keine Verbrechen an sich selbst in ihrem Eingeständnis kennen.

Wie minister „Wahlkämpfe“ gemacht werden, das enthält der in letzter Zeit vielgenannte Herausgeber der „Verbrennungsinvestitionen“, indem er zu dem reichen König der Wandl-Kreidern diesen Beitrag liefert: Ein Journalist erhielt gelegentlich unter seiner eigenen

die bevorstehende Reichstagswahl sowie ein bereits abzusehender Bauarbeiterstreik die finanziellen und strukturellen Kräfte der Gewerkschaften band, stellte man das Thema erst einmal zurück. Allerdings setzte der „Lübecker Volksbote“ seine Berichterstattung über die Neugründung von Arbeitersekretariaten in anderen Städten mit werbendem Unterton fort.¹⁸ Im Juli 1899 verfehlte dann ein Vorstoß in der Vollversammlung des Gewerkschaftskartells knapp die notwendige Drei-Viertel-Mehrheit. Immer noch hielten zahlreiche Mitglieder das Unternehmen für ein finanzielles Risiko.¹⁹ Ein Jahr später reichte die Zahl der Befürworter aus: Von den 4951 abgegebenen Stimmen sprachen sich 3798 für und 1114 gegen die Neugründung aus, 39 waren ungültig.²⁰ Eine siebenköpfige Kommission aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern wurde mit den Vorarbeiten beauftragt. Das Gremium sollte nach der Gründung des Arbeitersekretariats fortbestehen und einen jährlichen Rechenschaftsbericht vorlegen. Dieser sollte vor allem die Verwendung der Mitgliedsbeiträge offenlegen – die im Kartell zusammengefaßten Einzelgewerkschaften führten für jedes Mitglied monatlich 10 Pfennig an das Arbeitersekretariat ab –, doch war auch an Leitung und Erweiterung der bald eingerichteten Bibliothek aus Gesetzestexten, juristischen Fachwerken, Belletristik, Zeitungen und „Arbeiter-Bildungs-Literatur“ gedacht. Zweck des Arbeitersekretariats war eben nicht allein die kostenlose Erteilung von Rechtsauskünften; vielmehr sollten sich die Arbeiter bilden, zur fundierten Einschätzung ihrer Lage befähigt werden.²¹

Im November 1900 wurde der zu dieser Zeit noch in Kiel tätige Rudolf Wissell für ein Gehalt von 2000 Mark jährlich (ohne Zulagen) als Arbeitersekretär verpflichtet. Nachdem im Dezember eine weitere Vollversammlung des Gewerkschaftskartells Statut und Geschäftsordnung des Arbeitersekretariats verabschiedet hatte, nahm die neue Stelle am Neujahrstag 1901 ihren Betrieb auf.

Die Einrichtung stand prinzipiell allen Gesellschaftsschichten offen. Natürlich gehörte der Großteil der Klienten der Arbeiterklasse an, doch nahmen vereinzelt auch Handwerksmeister und kleine Gewerbetreibende die Dienstleistungen in Anspruch.

Am Mittwochnachmittag war das Büro geschlossen, damit der Arbeitersekretär den Verhandlungen des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung beiwohnen und Termine beim Amtsgericht wahrnehmen konnte. Neben Wissell gehörte der Kassierer, der Sozialdemokrat Paul Hoff, zu den wichtigsten Personen, hatte er doch das finanzielle Fundament tragfähig und verfügbar zu halten. Dabei war es anfangs um die Zahlungsdisziplin einzelner Gewerkschaften nicht immer gut bestellt:

*„Wenn unser Genosse Hoff pünktlich am Quartalschluß seine Abrechnung vorlegt, und man staunt, wie prompt die Gelder eingegangen sind, so steht nicht dabei, wie viel Wege er hat machen müssen, um säumigen Gewerkschaftskassierern die Gelder abzuknöpfen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis.“*²²

Er genügte. Schon nach einem Jahr konnte ein vom Gewerk-

¹⁰ Ebd.

¹¹ Klügmann an Bürgermeister vom 3. 10. 1893; NSA IV 1 B, 5/12.

¹² Klügmann an Senat vom 18. 10. 1893; NSA IV 1 B, 5/12.

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. Martiny, Bedeutung, S. 153 ff.

¹⁵ Hierzu ausführlich Eva-Maria Malbranc, Sozialpartnerschaft oder Sozialkonflikt? Arbeitskämpfe in Lübeck an ausgewählten Beispielen 1900 bis 1913. Lüneburg 1986.

¹⁶ Zur Industrialisierung vgl. Luise Klinsmann, Die Industrialisierung Lübecks, Lübeck 1984 (Neuveröffentlichung der Dissertation aus dem Jahre 1922). – Zur Bevölkerungsentwicklung vgl. Uwe Kühl, Materialien zur Statistik der freien und Hansestadt Lübeck vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis 1914. In: Zeitschrift für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 64 (1984), S. 177–220. – Vgl. auch das Zahlenmaterial bei Julius Hartwig, Die Änderungen in den Kosten der Lebenshaltung in Lübeck von 1891–1912. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Abt. C, Heft 145, Teil 1, S. 119–136.

¹⁷ 1. Jahresbericht des Arbeitersekretariats (Jb. AS), S. 75. Hier zeigt sich m. E. einmal mehr, wie lohnend und anregend für die Sozialdemokratie die Gründung dieses Organs war. Spätere kommunal- und reichspolitische Prominenz durchlief oftmals die Station der Parteizeitung. Beispiele: Der spätere Bürgermeister Paul Löwig, Johannes Stelling (später Bürgerchaftsmitglied, Reichstagsabgeordneter, Innenminister und Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin), Dr. Julius Leber (Bürgerschafts- und Reichstagsmitglied) und Dr. Fritz Solnitz (Bürgerschaftsmitglied).

¹⁸ Z. B. „Lübecker Volksbote“ vom 22. 9. 1898, Beilage.

¹⁹ 10. Jb. AS, S. 6.

²⁰ 1. Jb. AS, S. 75.

²¹ Zur Bibliothek vgl. Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei, S. 26 ff.

²² 1. Jb. AS, S. 76.

schaftskartell gewährtes Gründungsdarlehen in Höhe von 1200 Mark zurückgezahlt werden. Der 1. Jahresbericht des Arbeitersekretariats schloß mit folgender Bilanz ab:²³

<i>Einnahmen</i>	<i>Ausgaben</i>
<i>Beiträge von den Gewerkschaften</i> 6869,80 Mark	<i>Inventar</i> 791,79 Mark
<i>Vergütung für Schriftstücke und Porto</i> 18,78	<i>Bibliothek</i> 845,40
<i>einmaliger Beitrag vom Gewerkschaftskartell</i> 1200,00	<i>Zeitungen</i> 77,10
	<i>Miete</i> 350,00
	<i>Reinigung</i> 155,25
	<i>Heizung</i> 213,80
	<i>Beleuchtung</i> 77,16
	<i>Feuerversicherung</i> 18,10
<i>8088,58 Mark</i>	<i>Inserate</i> 31,70
	<i>Gehalt des Sekretärs</i> 2000,00
	<i>Sparkassenkonto</i> 2650,00
	<i>Kommissionssitzungen</i> 58,50
	<i>Porto, Schreibmaterial, Druckkosten</i> 285,79
	<i>Beitrag zur Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung</i> 35,84
	<i>Kleine Ausgaben</i> 16,35
	<i>Umzugskosten</i> 174,30
	<i>Informationsreise nach Altona</i> 20,00
	<i>Entschädigung des Kassierers</i> 40,00
	<i>Kassenbestand am 1. 1. 1902</i> 247,50
	<i>8088,58 Mark</i>

Vermögen am 1. 1. 1902:

<i>Sparkassenkonto</i>	2650,50 Mark
<i>Zinsen davon</i>	36,58
<i>Portokasse</i>	10,00
<i>aktueller Kassenbestand</i>	247,50
	<i>2944,08 Mark</i>

Die Bildung von Rücklagen, die sich hier im Ausgabenposten „Sparkassenkonto“ ausdrückt, sollte sich schon bald als richtig erweisen, denn das Arbeitersekretariat wurde schnell in unerwartet intensivem Maße beansprucht: reichlich Schriftverkehr und viele Gerichtstermine waren die Folge. Schon das erste Jahr bewies, wie „hochnothwendig es war, daß in Lübeck

²³ Ebd., S. 78 f.

²⁴ Ebd., S. 76.

²⁵ So Senator Neumanns Urteil über die Rechtsauskunftsstelle aus dem Jahre 1913; Neumann an Senat vom 8. 12. 1913 (NSA XII 28/2 a). – Der Nürnberger Arbeitersekretär Segitz hatte für die Arbeitersekretariate bereits 1899 von einer „sozialen Beobachtungsstation“ gesprochen; vgl. Barclay, Rudolf Wissell, S. 39.

²⁶ 1. Jb. AS, S. 5.

²⁷ Ebd. – Der Jahresbericht des Arbeitersekretariats erschien zusammen mit den Berichten des Gewerkschaftskartells, der Bauarbeiter-Schutzkommission und der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats. Die Seitenzählung erfolgte fortlaufend.

²⁸ Ebd., S. 6. – Dieser Hinweis war ausdrücklich auch auf die innergewerkschaftliche Willensbildung gemünzt. Kritik und aktive Mitarbeit galten als Voraussetzung für eine Verankerung des Arbeitersekretariats in der Bevölkerung, aber auch als unerläßliches Element gewerkschaftsinterner Demokratie überhaupt. Nach der Ansicht einiger Sozialwissenschaftler geriet die innere Demokratie in Organisationen mit deren zunehmendem Wachstum ins Hintertreffen. Der deutsche Organisationssoziologe Robert Michels untersuchte hauptsächlich in der SPD, aber auch in den Gewerkschaften, wieviele von den an der Basis erkennbaren Impulsen und Vorstellungen bis in die obersten Instanzen gelangten. 1911 formulierte er enttäuscht sein „ehernes Gesetz der Oligarchie“:

„Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden. Die Bildung von Oligarchien im Schoße der mannigfaltigen Formen der Demokratien ist eine organische, also eine Tendenz, der jede Organisation, auch die sozialistische, selbst die libertäre, notwendigerweise unterliegt“ (Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1911, S. 370 f.). – Wenn sich auch nicht nachweisen läßt, daß die Jahresberichte des Lübecker Arbeitersekretariats gerade dieser Kritik entgegenwirken wollten, so liegt doch die Vermutung eines derartigen Zusammenhanges nahe, fanden Michels' Forschungen doch keineswegs in der Abgeschlossenheit der Studierstube, sondern in der Öffentlichkeit allgemein zugänglicher Versammlungen und Parteitage statt.

²⁹ 1. Jb. AS, S. 5.

³⁰ Barclay, Rudolf Wissell, S. 38. Vgl. auch: Die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Arbeitersekretariate im Jahre 1904. In: RArbBl. 1905, S. 603.

eine derartige Stelle, wo Alle sich Rath holen können, geschaffen wurde“.²⁴

Genau wie Jahre später die Rechtsauskunftsstelle verstand sich das Arbeitersekretariat bereits jetzt als sozialer Beobachtungsposten²⁵, doch leider, vermerkte der 1. Jahresbericht, blieb aufgrund des enormen Geschäftsbetriebs wenig Zeit für die „Untersuchung der Lebenshaltung, der Behausungsverhältnisse usw.“.²⁶ Im Idealfall sollte der Jahresbericht ein „Spiegelbild der gesamten Verhältnisse der Lübecker Arbeitergemeinschaft sein“.²⁷ Nur durch die offene Diskussion von Mißständen würden sich Verbesserungen für die Arbeiter ergeben, „nur die Kritik ist das vorwärtstreibende Element“.²⁸

Der 1. Jahresbericht übertrieb nicht, als er feststellte, das Arbeitersekretariat sei „zu einem festen organischen Bestandteil der Organisation der Lübecker Arbeiterschaft“²⁹ geworden. Es war das 20. gewerkschaftliche Arbeitersekretariat im Reich³⁰ und bildete, wie die anderen, eine wichtige Instanz für das Heranwachsen einer qualifizierten und geschulten Funktionärsschicht.³¹ Rudolf Wissell berichtete Jahr für Jahr von zuweilen unverblümter Ablehnung seiner Person und seines Amtes durch die Gerichte; er stieß auf die gleichen Schwierigkeiten wie die sich gerade organisierende Lübecker Arbeiterbewegung. Im Unterschied zu der an vielen anderen Orten üblichen Praxis unterhielten Gewerkschaftskartell und Arbeitersekretariat in Lübeck eine gemeinsame Auskunftsstelle. Es gab keine nennenswerten Rivalitäten zwischen SPD und Gewerkschaftskartell; beide waren im „Vereinshaus“ untergebracht und arbeiteten eng zusammen.

Typisch sowohl für die Reserviertheit der Behörden gegenüber dem Arbeitersekretariat als auch für dessen Beliebtheit bei den Arbeitern ist zum einen die oft notierte Aussage: „Das Sekretariat ist doch eine nette Einrichtung, man braucht das Geld doch nicht gleich zum Rechtsanwalt zu tragen“³², zum anderen der Fall eines Arbeiters, der sich vom Arbeitersekretariat seinen Rentenantrag vorbereiten ließ. Als er den Antrag beim zuständigen Polizeiamt einreichte, wurde er, offensichtlich vorwurfsvoll, gefragt, warum er damit nicht gleich zur Behörde gekommen sei. Dem Arbeitersekretär sagte der Mann:

„Ick freu mi, datt ick to Se kamon bin, ümmer hätt man mit mi rümstött; nu is datt ock wedder nich recht, datt ick to Se gohn bün. Nä! heff ick seggt, datt kost gornix in de Johannesstrat und wenk mal wedder wat harr, schak man wedder kamen; und ick gah' ok wedder henn. Datt heff ick seggt upt Polizeiamt.“³³

Rudolf Wissell stellte bei seinen ersten persönlichen Kontakten mit Behörden einen Mangel an Verständnis für die soziale Aufgabe des Arbeitersekretariats fest, mitunter „eine so kühle Höflichkeit, daß dabei sogar übersehen wurde, den Stuhl uns anzubieten, neben dem wir standen, und der für Besucher bestimmt schien“.³⁴ Die Frage, ob auch Angehörige des Kleinbürgertums das Arbeitersekretariat kostenlos benutzen dürften, löste eine innergewerkschaftliche Debatte aus. Schließlich setzte sich die Ansicht durch, daß man diese Gruppen tolerier-

ren müsse, denn immerhin sei die Anzahl der Ratsuchenden, die im Grunde einen Anwalt bezahlen könnten, sehr gering. Außerdem:

*„Das ist ja mit ein Zeichen jenes idealen Zuges, der durch die deutsche Arbeiterbewegung geht, daß die große Mehrzahl der Sekretariate ihre vom Groschen des einzelnen Arbeiters ermöglichte Tätigkeit in den Dienst der Allgemeinheit stellen.“*³⁵

Spätestens hier fühlten sich die herrschenden Kreise der Hansestadt herausgefordert, obwohl sich, laut Wissell, das Arbeitersekretariat bei den Beratungsgesprächen um die Ausklammerung parteipolitischer Bezüge erfolgreich bemühte.³⁶ Bald erfolgte eine Reaktion auf den Erfolg der Arbeiterbewegung. Der Senat beschäftigte sich erstmals 1904 mit der Frage der Einrichtung einer städtischen Rechtsauskunftsstelle³⁷, nahm jedoch von dem Vorhaben Abstand, als sich der erwähnte private Verein zu demselben Zweck gründete. Die Wahlvereine der bürgerlichen Parteien hielten es für notwendig, dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Es ging ihnen um die

*„Rückgewinnung des Reichstagswahlkreises Lübeck für eine nationale Vertretung und die energische Bekämpfung der verhetzenden Taktik und des Terrorismus der Sozialdemokratie“.*³⁸

Um das Vertrauen der potentiell sozialdemokratischen Wähler zu erringen, dies wurde offen zugegeben, planten sie die Errichtung einer unentgeltlichen Rechtsauskunftsstelle für Minderbemittelte. Am 10. Dezember 1904 verabschiedete der Verein die „Verfassung“ der „Öffentlichen unentgeltlichen Rechtsauskunftsstelle“,³⁹ die mit keinem Wort auf das Arbeitersekretariat einging, sondern allein den wohlfahrtspolitischen Aspekt herausstellte. Der von den Senatoren Schön und Stooß bereits ausgearbeitete Entwurf wurde, wie erwähnt, im Rat als erledigt betrachtet und zurückgezogen.⁴⁰ Der Verein, personell eng mit Senat und Bürgerschaft verflochten, akzeptierte den vom Senat unterbreiteten Vorschlag, Assessor Link mit der Leitung der Stelle zu beauftragen.⁴¹

In der Anfangszeit vermied die Rechtsauskunftsstelle, die am 8. Mai 1905 ihren Betrieb aufnahm, bemüht den Eindruck, sie genieße das Wohlwollen oder gar die Förderung von Behörden und Verfassungsorganen. Sie betonte die formale Tatsache, eine von mehreren Parteien unterhaltene und schon deshalb neutrale Instanz zu sein,⁴² was das Arbeitersekretariat natürlich völlig anders beurteilte. Ironisch vermerkt der 4. Jahresbericht hinsichtlich der Gründungsmotive:

„Pure, lautere Arbeiterfreundlichkeit war es!“ ... *„Diese Heuchler! Das klingt, als obs aus warmem vollem Herzen komme und ist doch nur Lug und Trug.“*⁴³

Jahrzehntelang hätte man schließlich Zeit gehabt, Lübeck mit einer so notwendigen Einrichtung zu bereichern. Ausgerechnet jetzt geschehe es, wo es das so erfolgreiche Arbeitersekretariat gebe. In der Tat versetzte die Mitgliederentwicklung bei SPD und Gewerkschaften die andersorientierten politischen Kreise in Alarmzustand.⁴⁴ Zu personellen Verflechtungen zwischen den Organisationen der Arbeiterbewegung kam

³¹ Martiny, Bedeutung, S. 160. – Rudolf Wissell wechselte 1908 zum Zentral-Arbeitersekretariat nach Berlin, war nach der Novemberrevolution Mitglied im Rat der Volksbeauftragten, Wirtschaftsminister in den Kabinetten Scheidemann (1919) und Bauer I (1919) sowie Arbeitsminister unter Hermann Müller II (1928–1930). – Martin Segitz, Leiter des ersten deutschen Arbeitersekretariats (Nürnberg), spielte eine maßgebliche Rolle bei der Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. – Friedrich Ebert war ab 1900 Arbeitersekretär in Bremen.

³² Zit. aus: 1. Jb. AS, S. 7.

³³ Zit. ebd.

³⁴ Ebd., S. 6.

³⁵ Ebd., S. 8.

³⁶ Rudolf Wissell, Aus meinen Lebensjahren. Mit einem Dokumenten-Anhang hrsg. von Ernst Schraepfer, Berlin 1983, S. 65.

³⁷ Senatsprotokoll vom 11. 5. 1904. Erst in den Jahren 1905/06 setzte die Gründung kommunaler Rechtsauskunftsstellen auch in anderen Städten massiv ein; Hermann Link, Die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen als kommunale Einrichtungen, Lübeck 1913. – Die Lübecker Stelle setzte sich bald an die Spitze der Bewegung.

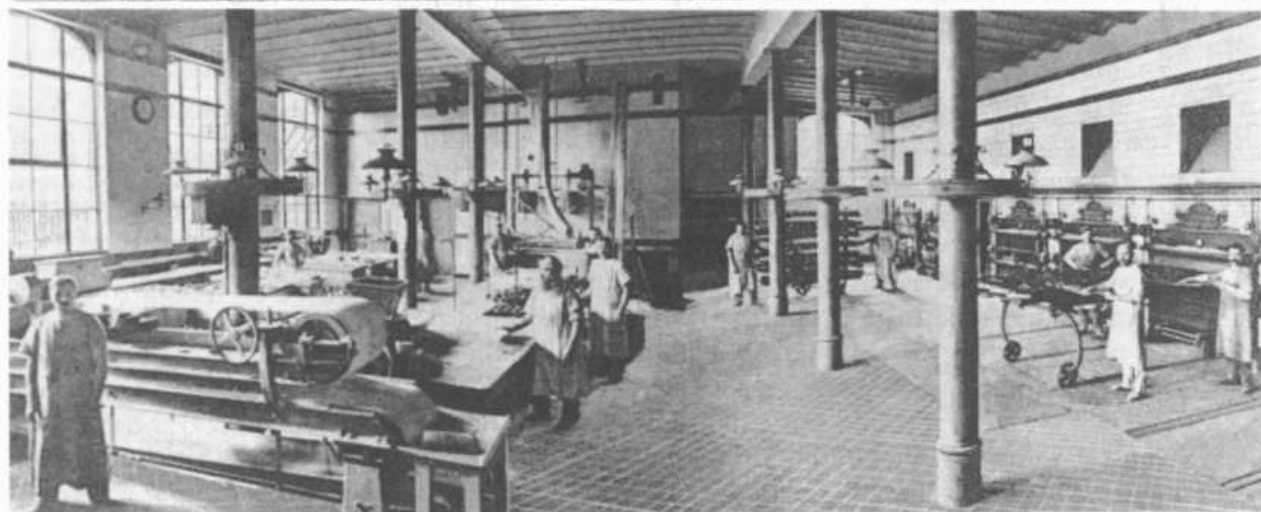
³⁸ Zit. aus den „Lübeckischen Anzeigen“, Zweites Blatt, 19. 5. 1904.

³⁹ „Verfassung“: NSAVIII 46/5. Sie war unterzeichnet von: Bürgerrechtsverein, Nationaler sozialer Verein Lübeck (Ortsgruppe des Wahlvereins der Liberalen), Reichsverein, Vaterstädtischer Verein von 1883, Verein der Bewohner des Landgebiets der freien und Hansestadt Lübeck sowie Verein der Freisinnigen Volkspartei für Lübeck. – Kurz darauf entstand der „Verein Öffentliche Rechtsauskunftsstelle“, der jetzt als Träger der Einrichtung fungierte.

⁴⁰ Senatsprotokoll vom 28. 12. 1904. Auf dieser Sitzung wurde auch der 3. Jahresbericht des Arbeitersekretariats genau studiert.

⁴¹ Senatsprotokoll vom 8. 5. 1905. Gleichzeitig informierte der Senat den Landgerichtspräsidenten über die neue Aufgabe Links. Offenbar sollte mitgeteilt werden, daß Link dem Gericht nicht länger oder nurmehr in geringem Maße zur Verfügung stehen werde. Dieses formale Element – nicht Link, sondern der Senat unterrichtete den Gerichtspräsidenten – zeigt, welche Bedeutung der Senat dem gesamten Unternehmen beimaß.

Mit Link hatte man einen überaus fähigen und ideenreichen Mann verpflichtet können. Der spätere Konstrukteur der Lübecker öffentlichen



Ein wichtiges Element der Arbeiterbewegung: Die Produktivgenossenschaften. In der SPD lange Zeit umstritten, trugen sie doch letztlich erheblich dazu bei, die materielle Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei war 1889 gegründet worden. 1913 hatte die Bäckerei bereits über 1 Million Mark Umsatz und konnte ihr Brot in 400 Filialen verkaufen.

Gesamtansicht der Genossenschaftsbäckerei

Hier wurde das Brot hergestellt: Backraum mit den großen Ofenanlagen rechts

hinzu, daß sich die finanzielle Beteiligung der Sozialdemokratie am Arbeitersekretariat mit dem Jahr 1904 institutionalisierte: Der sozialdemokratische Verein zahlte vierteljährlich 100 Mark an das Arbeitersekretariat.⁴⁵ Gleichfalls 1904 gründeten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler den Lübecker Konsumverein⁴⁶, während die Genossenschaftsbäckerei weiterhin prosperierte. 1905 nahmen erstmals Sozialdemokraten auf den Abgeordnetenstühlen im Rathaus Platz – einer der Mandatsträger war Rudolf Wissell. Im Folgejahr zog das Arbeitersekretariat vom Gebäude der Krankenkasse für gewerbliche Arbeiter in die Johannisstraße um, wo allerdings auch schon vorher Beratungsgespräche stattgefunden hatten.⁴⁷ Von 1907 an hielten die Sekretäre ihre Sprechstunden auch in anderen Stadtteilen ab, zuerst in Moisling und Schlutup.⁴⁸

Das Lübecker Bürgertum versuchte immer wieder, den so-

zialdemokratischen und gewerkschaftlichen Einfluß zurückzudrängen.

So verhängte der Senat im April 1900 ein Streikpostenverbot, das im Juni sogar den Reichstag beschäftigte.⁴⁹ 1905 änderte die Bürgerschaft das Lübecker Wahlrecht, um den Einzug der SPD ins Rathaus zu verhindern.⁵⁰ Immerhin erreichte man, daß die Partei deutlich unterrepräsentiert war: Sie erhielt bei der 1913 abgehaltenen Bürgerschaftswahl 4499 Stimmen und 4 Sitze, während die bürgerlichen Parteien zusammen auf 3451 Wähler bei 33 Mandaten kamen.⁵¹

„Sehr erfreulich“⁵² gestaltete sich dagegen (vorerst) das Verhältnis der Rechtsauskunftsstelle zu Gerichten, Behörden und Anwälten. Wollte der Trägerverein ursprünglich selbst für die erforderlichen Mittel aufkommen, sah sich Link bereits nach einem Jahr zur Beantragung staatlicher Hilfe gezwungen, weil der Geschäftsbetrieb einen größeren Umfang als vermutet angenommen hatte.⁵³ Senat und Bürgerschaft widersetzten sich dem Anliegen nicht und bewilligten für das Jahr 1906 1800 Mark.⁵⁴

Mit Arbeitersekretariat und Rechtsauskunftsstelle bestanden jetzt zwei Angebote, die sich um denselben Personenkreis bemühten. Im ersten Jahr des Bestehens gab, um den Alltag zu veranschaulichen, die von Wissell geleitete Stelle zu folgenden Rechtsgebieten Auskunft:⁵⁵

<i>Bürgerliches Recht</i>	994 Auskünfte
<i>Sozialgesetzgebung</i>	882 Auskünfte
<i>Familienrecht</i>	584 Auskünfte
<i>Gewerberecht</i>	399 Auskünfte
<i>Zivilprozeßordnung, Konkursordnung</i>	316 Auskünfte
<i>Gesinderecht</i>	290 Auskünfte
<i>Strafrecht</i>	257 Auskünfte
<i>Verschiedenes</i>	823 Auskünfte
<i>(Armenwesen, Steuersachen, Militärsachen, Polizeiverordnungen, Staatsangehörigkeit, Seemannsordnung, Genossenschaftswesen, Organisation, Grundbesitz, Hypotheken, Beschwerden gegen Beamte und Verfügungen, Lebens- und Feuerversicherung, Agentur- und Abzahlungsgeschäfte, Schulwesen, Varia)</i>	
	4545 Auskünfte

Ein Fall aus dem Bereich des Gesinderechts verdeutlicht, daß das Arbeitersekretariat auch bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen half und gesetzliche bzw. soziale Verbesserungen fördern wollte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts galten an vielen Orten immer noch Gesindeordnungen, die „von ganz mittelalterlichem Geist durchweht“⁵⁶ waren und beispielsweise Geldstrafen bei Ungehorsam gegen Anordnungen der Herrschaft vorsahen. In Lübeck bestanden zwar, wie das Arbeitersekretariat einräumte, etwas fortschrittlichere Verhältnisse als

Gewerkschaftsbrauerei.

Dem verehrlichen Publikum hierdurch zur Kenntnis, daß von jetzt an in mehreren Häusern der Altstadt von Lübeck an nachstehenden Tagen von 5-7 Uhr Nachmittags:

Dienstag bei Herrn Keller, Wischstr. 42 (Schlachter).

Mittwoch bei Herrn Schulz, Kruminstr. 7 (Sargthor).

Freitag bei Herrn Thurnemann, Hofstr. und Rüdtingstr.

In der Brauerei Pilsbrau 79 von nächster Woche an jeden Dienstag und Freitag von 4-9 Uhr.

Wir erziehen alle Freunde und Gönner herzlich. Wenn etwaigen Bedarf an Branntwein von uns zu ersehen.

Die Geschäftsleitung.

Auch das gehörte zur Arbeiterbewegung: Ausgabe von Bier aus der eigenen Brauerei der Gewerkschaft (aus: Lübecker Volksbote, 15. 10. 1901).

Fürsorge während der Weimarer Republik leitete die Reichsorganisation der Öffentlichen Rechtsauskunftsstellen. 1911 gründete er die Reichs-„Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen“ (vgl. Polizeiamt 1135), aus dem dann der „Verein für Treu und Glauben im Geschäftsleben. Pro Honore“ hervorging.

⁴² Dies teilte Link auf Anfragen aus anderen Städten mit, z. B. am 2. 8. 1905; NSAVIII 46/4.

⁴³ 4. Jb. AS, S. 6.

⁴⁴ Vgl. Tabelle II, aus: Malbranc, Sozialpartnerschaft, S. 16, ergänzt durch die Jahresberichte des Arbeitersekretariats für 1915 und 1916.

Vgl. Tabelle II, aus: „Lübecker Volksbote vom 1. 4. 1919, 1. Beilage. Vgl. Tabelle I.

⁴⁵ 4. Jb. AS, S. 71.

⁴⁶ Vgl. 25 Jahre Konsumverein in Lübeck und Umgegend 1904-1929, Hamburg (ohne Jahresangabe, wahrscheinlich 1929).

⁴⁷ 6. Jb. AS, S. 65.

⁴⁸ 7. Jb. AS, S. 83.

⁴⁹ Heraus zum Kampf! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Lübeck 1866-1949, bearb. von Ingrid Bounin, hrsg. von der Verwaltungsstelle Lübeck der Industriegewerkschaft Metall, 1987, S. 21 f. sowie die Quellen Nr. 21 a-f.

⁵⁰ Aufschlußreich und entlarvend zugleich ist die Lektüre des Sitzungsprotokolls vom 7. 8. 1905. Das Bürgerchaftsmitglied Thiele behielt schließlich recht, indem er von einer Wahlrechtsänderung abriet. Sie sei nutzlos, da auch viele Nicht-Sozialdemokraten die SPD wählen würden, um so ihrer Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten Ausdruck zu verleihen. Vgl. die Stenographischen Berichte der Bürgerschaft 1905, S. 412. Vgl. auch die Arbeit von Fuchs, Privilegien.

⁵¹ Osterroth, Chronik, S. 20.

⁵² Jahresbericht der Öffentlichen unentgeltlichen Rechtsauskunftsstelle (ÖRA) 1905/06, S. 51.

⁵³ ÖRA an Senat vom 1. 5. 1906; NSA-VIII 46/5.

⁵⁴ Senatsprotokoll vom 5. 12. 1906.

⁵⁵ 1. Jb. AS, S. 11 f.

⁵⁶ Ebd., S. 60.

⁵⁷ Ebd., S. 61.

⁵⁸ 2. Jb. AS, S. 82.

⁵⁹ So Robert Schmidt in der „Rundschau“ der „Sozialistischen Monatshefte“, 11. Jg. (1905), S. 347:

„Seit einigen Jahren zeichnen sich die Berichte des Lübecker Arbeitersekretärs Wissell durch eine besonders geschickte Behandlung grundlegender Entscheidungen in Unfallsachen aus“... „Die Lektüre der Lübecker Arbeitersekretariatsberichte wäre dem Staatssekretär Grafen Posadowsky, der bereits so manchen unüberlegten Angriff gegen die um die Unfallrente kämpfenden Arbeiter gerichtet hat, sehr anzupfehlen“.

⁶⁰ 10. Jb. AS, S. 7. – Zur Abwanderung von Sekretären kam es wohl auch aufgrund der unterschiedlichen Gehaltsangebote in den verschiedenen Städten. 1901 reichte die Spannweite von 800 bis 2500 Mark Jahresgehalt (vgl. Soudek, Arbeiter-Sekretariate, S. 81).

⁶¹ Vgl. Tabelle IV. Quellen: Jahresberichte des Arbeitersekretariats und der ÖRA. – Die Besucherzahl des AS für das Jahr 1918 entstammt dem RArbBl.; in Lübecker Archivbeständen findet sich keine Angabe für dieses Jahr (auch nicht für 1919 und 1920). Für 1918 nennt das RArbBl. für die ÖRA 3930 Personen, der Lübecker Verwaltungsbericht nennt 4590. Mit Ausnahme der Kriegsjahre 1916 und 1917 ging der Anteil der gewerkschaftlich und/oder sozialdemokratisch organisierten Besucher des AS kontinuierlich zurück – eine Entwicklung, die, betrachtet man sie vor dem Anstieg der absoluten Benutzerzahlen, auf eine Verbreiterung der Basis des AS innerhalb der Lübecker Bevölkerung schließen läßt.

Für 1915: Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1915. In: RArbBl. 1917, Beilage zum April-Heft, S. 14 und S. 17.

Für 1916 und 1917: Die Rechtsberatung... In: RArbBl. 1918, Beilage zum Dezember-Heft, S. 17 und S. 22.

Für 1918: RArbBl. 1919, S. 946.

anderenorts, doch nahm sich Rudolf Wissell gleich nach seinem Amtsantritt vor, für das Gesinde eine Gerichtsbarkeit ähnlich der der gewerblichen Arbeiter zu erreichen. Momentan gelangte jede Streitsache vor das Amtsgericht, wobei sich wochen- und monatelanges Warten auf einen Verhandlungstermin verständlicherweise eher für die Bediensteten als für die Herrschaft untragbar auswirkte. Was etwa sollte ein Küchenmädchen tun, wenn ihm gekündigt und persönliches Hab und Gut sowie der Restlohn kurzerhand einbehalten wurden? Bis zur Etablierung vorgerichtlicher rascher und gerechter Entscheidungsmöglichkeiten führte auch für das Arbeitersekretariat der erste Weg zum Gericht. Ein Beispiel:

„Dem Dienstmädchen B. O. war für zerbrochenes Geschirr 3,05 Mk. abgezogen, obwohl ausdrücklich vereinbart war, daß solches nicht geschehen solle, aus Rücksicht darauf, daß die B. O. eben erst aus der Schule entlassen war und von der Hausfrau angelernt werden sollte. Auf einen Brief erhielten wir das entrüstete Schreiben, daß Schreiber sich nicht genug wundern könne, wie wir es wagen könnten, uns in seine Angelegenheiten zu mischen. Unsere Antwort war die Einreichung der Klage und an Gerichtsstelle wurden die 3,05 Mk. bezahlt.“⁵⁷

Noch vor der Eröffnung der Rechtsauskunftsstelle mußte das Arbeitersekretariat mit W. Dammer im März 1903 einen zusätzlichen Sekretär einstellen, auf den im Juni 1904 Hermann Schneider folgte.⁵⁸ Die Stelle wurde, wie üblich, öffentlich ausgeschrieben, so daß zwischen mehreren Bewerbungen, im Jahre 1903 gingen 26 ein, ausgewählt werden konnte.

Rudolf Wissell verfaßte Zeitungsartikel in engagiertem Tonfall, die Jahresberichte erlangten besonders unter seiner Federführung eine die Grenzen Lübecks überschreitende Popularität.⁵⁹ 1908 schied Wissell aus; er nahm eine Stelle beim Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin an. Sein Nachfolger in Lübeck wurde Fritz Mehrlein, der schon in Breslau als Arbeitersekretär tätig gewesen war. Für den im Sommer 1909 nach Dortmund angewanderten H. Schneider rückte Paul Hoff nach.⁶⁰ Dieses Duo führte das Arbeitersekretariat in und durch den Krieg; beide gehörten 1919 zu den ersten SPD-Senatoren in Lübeck. Die Berufung in höchste Ämter der Hansestadt stand am Ende eines nahezu zwei Jahrzehnte dauernden Prozesses der Integrierung der Sozialdemokratie in den bürgerlichen Staat.

Das Arbeitersekretariat verschickte seine Jahresberichte an Behörden, Bürgerschaftsmitglieder, Arbeitgeber, Ärzte und viele Einzelpersonen und half so beim Abbau von Vorurteilen gegen die moderne Arbeiterbewegung in diesen Kreisen. Die Gewerkschaftseinrichtung wies stets höhere Besucherzahlen als die Rechtsauskunftsstelle auf.⁶¹ Der Rückhalt des Arbeitersekretariats, Garant für dessen Erfolg, waren zweifellos die Gewerkschaftsmitglieder, doch die Angaben über den Organisationsgrad der Besucher lassen erkennen, daß die Arbeitnehmereinrichtung, entsprechend der Einschätzung Senator Klüggemanns aus dem Jahre 1893, weit in die Gruppe der Unorganisierten hineingreifen konnte. Die Anzahl der Auskunftsuchen-

den stieg unaufhörlich an. Im Verhältnis Einwohner – Arbeitersekretariatsbesucher nahm Lübeck einen der Spitzenplätze im Reich ein und übertraf zahlreiche Großstädte, die weitaus stärker als die Hansestadt durch Arbeiterberufe geprägt und proletarisiert waren.⁶²

Unterdessen baute Hermann Link die Öffentliche Rechtsauskunftsstelle zum Ausgangs- und Mittelpunkt der neuen Kommunalwohlfahrtspflege aus. Ihm schwebte ein massives Eingreifen des Staates vor, und daher votierte Link, der noch bis zum Ende des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts festumrissene Vorstellungen für eine Neuordnung der Fürsorge entwickelte, frühzeitig für eine Übernahme der Rechtsauskunftsstelle durch den Staat. Die Initiative der öffentlichen Hand sollte die Stelle aus den sozialpolitischen Klassenaussetzungen herausheben. Link entfernte sich von dem 1904/05 von konservativen Kreisen formulierten Auftrag und fand zu einer Position parteipolitischer Neutralität, die ihn, nach seinem Verständnis, dazu verpflichtete, auch an angesehenen Institutionen Kritik zu üben. So bemängelte der Jahresbericht der Rechtsauskunftsstelle von 1912 Entscheidungen, die Lübecker Richter in von ihm angestregten Verfahren getroffen hatten. Landgerichtspräsident Demler warf der Stelle vor, sich als „*oberste Wächterin des Rechts und der Ordnung*“⁶³ aufzuspielen. Link jedoch bekannte sich zu seiner Kritik. Aufgabe der Jahresberichte sei nicht nur, einfach die Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle zu schildern, sondern auch, „*Erfahrungen mitzuteilen und sie möglichst für die Fortentwicklung der Rechts- und Wohlfahrtspflege nutzbar zu machen*“⁶⁴; daher müsse auch erlaubt sein, von einem Gerichtsurteil abweichende Ansichten vorzubringen, sogar im Rahmen eines Jahresberichts.

Links Plänen kam zugute, daß die kommunalen Rechtsauskunftsstellen reichsweit die Arbeitersekretariate einzuholen begannen (allerdings ausgerechnet nicht am Sitz des Reichsverbandes, in Lübeck). Die Trendwende, der erste Rückgang in der Zahl der Arbeitersekretariate, erfolgte im Jahre 1914⁶⁵:

Rechtsauskunftsstellen	1909	1912	1913	1914
öffentlicher Träger	101	119	144	158
arbeitnehmereigen	283	330	361	306
sämtliche Varianten	713	916	1143	1027

Link wies auf die Kräftezersplitterung und den damit verbundenen Mangel an Effektivität im deutschen Rechtsauskunftswesen hin. Die für 1912 ausgewiesenen 916 Stellen setzten sich aus 14 Trägern unterschiedlicher Provenienz zusammen, oft bestanden bis zu sechs Varianten an einem Ort.⁶⁶ Vor diesem Hintergrund erschien es Link geboten, besonders gegen von Gewerkschaften und Parteien unterhaltene Stellen zu argumentieren. Vor allem den am häufigsten frequentierten Arbeitersekretariaten müsse er eine „*allgemein positive Bedeutung absprechen*“⁶⁷; sie seien aufgrund ihrer ideologischen Ge-

⁶² So jedenfalls der 13. Jb. AS, S. 3. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß anderenorts oftmals nur an Organisierte Auskunft erteilt wurde. – Der Rückgang der Besucherzahl für 1912 wurde mit dem Niedergang einzelner Berufe aufgrund der ungünstigen Konjunktur erklärt; 12. Jb. AS, S. 3.

⁶³ Demler an die Justizkommission des Senats vom 19. 9. 1913; NSAVIII 46/3.

⁶⁴ Link an Demler vom 23. 9. 1913; NSAVIII 46/3.

⁶⁵ Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1913. In: RArbBl. 1914, Beilage zum Juli-Heft, S. 6 sowie Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1914. In: RArbBl. 1916, Beilage zum Mai-Heft, S. 5.

⁶⁶ Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1913. In: RArbBl. 1914, Beilage zum Juli-Heft.

⁶⁷ Link, Rechtsberatung, S. 2.

bundenheit „unvereinbar mit dem Geiste der Rechts- und Wohlfahrtspflege“.⁶⁸

Bei Kriegsbeginn konnte Link seine Position innerhalb der Lübecker Verwaltung festigen. Allerdings fiel die Rechtsauskunftsstelle im Konkurrenzkampf mit dem Arbeitersekretariat, was die Besucherzahlen anbetraf, sogar noch weiter zurück. Besondere Beachtung verdient der Umstand, daß anstelle der eingezogenen Männer nunmehr deren Ehefrauen und andere Familienmitglieder das Arbeitersekretariat aufsuchten und auch bereit waren, sich in SPD und/oder Gewerkschaft zu organisieren.⁶⁹ Das Lübecker Arbeitersekretariat enthielt sich gerade während des Krieges jeglicher Partei- bzw. Gewerkschaftspropaganda. Als Ausdruck des „Burgfriedens“ kann ebenso das Fehlen von kritischen Bemerkungen über die deutsche Kriegspolitik gewertet werden.⁷⁰ Die Jahresberichte begrüßten den Ausbau der Wohlfahrtspflege durch die öffentliche Hand – allerdings, so die wohl zutreffende Beurteilung der Lage, lägen die hierher gehörenden Maßnahmen im Interesse des Staates selbst.⁷¹

Auf die Quantitätsunterschiede bei den Besucherzahlen kam es immer weniger an, je weiter der Prozeß der Partizipation der Lübecker Sozialdemokratie an öffentlichen Einrichtungen, so gerade an den Organen der Kriegsfürsorge, voranschritt. Link erhielt den Vorsitz im „Einigungsamt der Kriegshilfe“⁷² und wurde mit der Leitung des neu errichteten Öffentlichen Arbeitsnachweises betraut. Die Hilfeleistung von Rechtsauskunftsstelle und Arbeitersekretariat bestand jetzt im wesentlichen in der Aufklärung über alle im Zusammenhang mit der Kriegsfürsorge stehenden Fragen.⁷³

3. Die Verschmelzung von Arbeitersekretariat und Öffentlicher Rechtsauskunftsstelle

Die zur Verschmelzung von Arbeitersekretariat und Rechtsauskunftsstelle und zur Einbindung in das 1918 gegründete Wohlfahrtsamt führende Entwicklung kann nur unter Beachtung zweier bereits angedeuteter Umstände verstanden werden:

- a) Vertreter der Sozialdemokratie wurden während des Krieges allmählich an der staatlichen Verwaltung beteiligt. In Lübeck stellte die Novemberrevolution die Position der Staats- und Verfassungsorgane zu keinem Zeitpunkt in Frage.⁷⁴ Vielmehr gab sich die Mehrheits-SPD – die USPD spielte hier keine erwähnenswerte Rolle – mit der Teilhabe an der Macht zufrieden. Unvermittelt fand man sich als staatstragende Kraft wieder. Die Identifizierung mit der Republik von Weimar wurde durch die als Erfolg gefeierte Übernahme besonders des Amtes des Polizeiherrn beschleunigt und vertieft. Dies hatte zur Folge, daß eine Gegnerschaft zu ehemaligen Weggefährten, jetzt vor allem in der KPD zusammengeschlossen, entstand. Für das Arbeitersekretariat ergab sich fast so etwas wie eine Notwendigkeit, Bereitschaft für ein Arrangement mit der neu entstehenden Kommunalfürsorge, vor allem der Öffentlichen Rechtsauskunftsstelle, zu demonstrieren.

⁶⁸ Ebd. Als weiteres Argument führte Link die Konkurrenz der gewerkschaftlichen Arbeitersekretariate untereinander, bedingt durch die Uneinheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, an. Nur die Tatsache, daß Link in den Arbeitersekretariaten die größte Bedrohung für den von ihm favorisierten Konzentrationsprozeß erblickte, erklärt, daß er die 9 von Arbeitgebern unterhaltenen Rechtsauskunftsstellen nicht verurteilte (ebd., S. 5). Ihm einseitige Bevorzugung vorzuwerfen, hieße, ihn mißzuverstehen und die gerade in Lübeck gegen ihn von Arbeitgeberseite vorgebrachte Kritik zu ignorieren. Seitdem sich Link für die Errichtung eines paritätisch besetzten Öffentlichen Arbeitsnachweises einsetzte, traten die Arbeitgeber entschieden gegen seine ge-

b) Die revolutionäre und nachrevolutionäre Phase war die Stunde Hermann Links. Er bekleidete als Demobilisierungskommissar, leitender Fachbeamter von Arbeits- und Wohlfahrtsamt und Vorsitzender des Schlichtungsausschusses zur Beilegung von Arbeitskämpfen einige der wichtigsten Positionen im Lübeckischen Staat beim Übergang zur Republik. Links Fürsorgemodell hatte sich in der Auseinandersetzung um die Neuordnung klar gegen andersgerichtete Bestrebungen in Teilen der Arbeiterschaft und des Senats durchgesetzt. Die Einheitlichkeit aller Anstrengungen galt als oberstes Ziel, das angesichts der Vielzahl⁷⁵ privater, halbstaatlicher und staatlicher Initiativen ohnehin schwer erreichbar zu sein schien. Man setzte dort an, wo der Erfolg am wahrscheinlichsten war. Aufgrund des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zum neuen Staat tauchte der Gedanke an eine Zusammenlegung der beiden, von der Aufgabenstellung her gesehen verwandten Instanzen beinahe zwangsläufig auf. Link verkörperte vor der Fusion die staatliche Seite und befand sich damit in einer äußerst günstigen Verhandlungsposition. Gewerkschaftskartell und SPD konnten sich nicht gut verweigern, zumal das Arbeitersekretariat seit einiger Zeit finanziell aus dem Lübeckischen Haushalt unterstützt wurde.

Link hatte allerdings seine Bedenken gegenüber dem Arbeitersekretariat nicht überwunden – zu sehr hatten die ersten Jahre der Öffentlichen Rechtsauskunftsstelle im Zeichen der Rivalität mit der Gewerkschaftseinrichtung gestanden, zu heftig waren die oft ins Persönliche abgleitenden Differenzen ausgetragen worden. Spätestens beim Ausbruch des Krieges hatten sich die Gemüter beruhigt. Link erkannte mittlerweile die Notwendigkeit einer breit angelegten Interessenvertretung der Arbeitnehmer an, nachdem seine anfänglich grundsätzliche Aversion in dem Maße gewichen war, wie SPD und Gewerkschaften aus ihrem orthodoxen Kampf gegen den Staat herausfanden und, in der Weimarer Republik im allgemeinen und in Lübeck im besonderen, eine staatstragende Rolle zu spielen bereit waren. Dennoch riet er streng von einem Nebeneinander von Öffentlicher Rechtsauskunft und Arbeitersekretariat ab. Abgesehen von der zu vermeidenden Zersplitterung der Bemühungen hielt er die in Lübeck inzwischen übliche Förderung des Arbeitersekretariats durch den Staatsetat für unerwünscht. Zwar war Link keineswegs der Überzeugung, „daß die Tätigkeit des Arbeitersekretariats selbst notwendigerweise eine einseitige ist, aber schon die Tatsache, daß einseitig gerichtete Organisationen die Arbeitersekretariate unterhalten, Organisationen, die unter Umständen in schwerster Kampfstellung sich befinden“⁷⁶, verbot, nach Links Meinung, das finanzielle Engagement der gegenüber Klasseninteressen zur Neutralität verpflichteten öffentlichen Hand. Statt also die Mittel zu bewilligen, wäre die Gemeinde gut beraten, stellte sie einen Arbeitersekretär bei der Rechtsauskunftsstelle als Staatsbeamten ein.⁷⁷ Deren Leiter, ein zum Richteramt befähigter Jurist, könne dann die das private und das öffentliche Recht betreffenden

samte Wohlfahrtskonzeption auf – vgl. z. B. Handelskammer an Senat vom 4. 11. 1913 (NSA XII 28/2 a). Am 17. 11. schloß sich die Gewerbekammer der Kritik an. – Es ging Link hauptsächlich um die in eine öffentliche Fürsorge eingebettete Einheitlichkeit der Rechtsauskunft.

⁶⁹ 16. Jb. AS, 2. Seite.

⁷⁰ Diese Aussage gilt nur für die Jahresberichte des Arbeitersekretariats. Vor allem für die letzte Phase des Krieges sind anderslautende Äußerungen Lübecker Gewerkschaften und des Gesamtkartells überliefert. Vgl. z. B. diverse Resolutionen zur Versorgungslage 1917/18 (NSA XVII 10/4). Doch insgesamt können die Gewerkschaften als ein Ordnungsfaktor bezeichnet werden. Selbst in Zeiten größter materieller Not münzten sie das zweifellos vorhandene Unzufriedenheitspotential nicht in eine politische Radikalisierung der Massen um. So richteten sie zwar am 21. 8. 1918 (Eingangsstempel Senatskanzlei) eine Eingabe an den Rat bezüglich einer Verbesserung der Ernährungslage, verwendeten jedoch Formulierungen wie „erlauben sich, hiermit folgende Wünsche zu unterbreiten“ sowie „mit aller Hochachtung“ (NSA XVII 10/4).

⁷¹ 15. Jb. AS, 2. Seite.

⁷² Das seit 1913 bestehende private Mieteinigungsamt ging 1914 im halbstaatlichen Einigungsamt auf. Hier wurden Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern sowie Gläubigern und Schuldnern beigelegt. Vgl. die „Verordnung betr. das Einigungsamt der Kriegshilfe“ vom 30. 12. 1914. In: Sammlung der Lübeckischen Gesetze und Verordnungen 1914, S. 270. 1917 wurde die Stelle dem Stadt- und Landamt eingegliedert und befand sich seitdem in ausschließlich öffentlicher Regie.

⁷³ Vgl. Link, Die gemeinnützige Rechtsauskunft, S. 11 ff. sowie die Lübeckischen Verwaltungsberichte 1914–1918. Daß auch das Arbeitersekretariat auf diesem Gebiet tätig war, weisen dessen Jahresberichte aus.

⁷⁴ Vgl. Anna-Maria Kraus, Die Novemberrevolution in Lübeck, Kiel 1974 sowie die Erinnerungen des Bürgermeisters: Ferdinand Fehling, Aus meinem Leben, Lübeck/Berlin/Leipzig 1929, S. 185 ff.

⁷⁵ Vgl. Die Wohlfahrtseinrichtungen Lübecks. Ein Auskunftsbuch. Hrsg. vom Wohlfahrtsamt. Lübeck 1919.

⁷⁶ Link, Die gemeinnützige Rechtsauskunft, S. 83.

⁷⁷ 1909, als die privatrechtlich verfaßte Rechtsauskunftsstelle ohne Staatszuschüsse nicht mehr arbeitsfähig war, lehnten Senat und Bürgerschaft einen Antrag auf Übernahme durch die

Hansestadt ab. Die Parallele zum jetzigen Vorschlag Links: Damals wurde er als Leiter der Stelle zum Oberbeamten beim Stadt- und Landamt ernannt. Möglicherweise gab er jetzt die Anregung in bezug auf den Arbeitersekretär, weil er um ihre integrative Wirkung, die er für wünschenswert hielt, wußte. Doch mindestens dieselbe Rolle dürfte für Link das Bemühen um Zusammenfassung aller Kräfte auf dem Gebiet der Fürsorge gespielt haben.

⁷⁸ Link an Mehrlein vom 17. 3. 1919 (NSAVIII 46/15).

⁷⁹ So geschah es auch in Hamburg. Das dortige Arbeitersekretariat schlug die Verschmelzung mit der 1922 entstandenen ÖRA vor, da es durch deren Gründung keinen Anlaß mehr für seine Existenz sah; vgl. Arthur Schroers/Ernst Weiß u. a., 50 Jahre Öffentliche Rechtsauskunfts- und Vergleichsstelle Hamburg, Hamburg 1973. Hieraus: Arthur Schroers, Entwicklungsphasen der Rechtsfürsorge in Hamburg, S. 25.

Anzeige des Arbeitersekretariats: hier sollten sich z. B. streikende Arbeiter oder ausgebeutete Dienstmädchen über ihre rechtlichen Möglichkeiten informieren können (aus: Lübecker Volksbote, 1. 4. 1919).

Arbeiter-Sekretariat

: Lübeck :

Johannisstr. 48, part.

Errichtet 1900.



Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle für jedermann.

Getragen ausschließlich auf Kosten der Gewerkschaften.

Geöffnet an den Wochentagen morgens von 12—1½ Uhr, abends von 6—7½ Uhr. Mittwoch nachmittags und Sonntags geschlossen.

Dem Arbeiter - Sekretariat angeschlossen sind:

mehr als 18 000

Gewerkschaftsmitglieder!

Fragen, der Arbeitersekretär dagegen Probleme im Zusammenhang mit der Arbeits- und Sozialgesetzgebung bearbeiten.

Das Gewerkschaftskartell konnte gelassen in die Verhandlungen gehen, denn das Arbeitersekretariat genoß immer noch eine weit größere Popularität als die Rechtsauskunftsstelle, zumal sich diese im Wohlfahrtsamt befand, das vom Publikum erst einmal angenommen werden mußte. Zwar gab es innergewerkschaftliche Kräfte, die für ein selbständiges Fortbestehen des Arbeitersekretariats eintraten, doch setzte sich auch hier der Integrationskurs der in Lübeck nach dem November 1918 dominierenden Mehrheitssozialdemokratie durch. Die erste Anregung zur Zusammenlegung soll sogar, schenkt man der Darstellung Links Glauben,⁷⁸ von den Gewerkschaften ausgegangen sein⁷⁹, und zwar während einer Sitzung im Wohlfahrtsamt im März 1919. Jedenfalls vereinbarten Link und Mehrlein in einer Aussprache:

„Das Arbeitersekretariat wird zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt aufgelöst. Die Aufgaben des Arbeitersekretariats

werden von der Öffentlichen Rechtsauskunftsstelle übernommen. Die Rechtsauskunftsstelle, die zur Zeit noch Einrichtung des Vereins ist, ist vom Wohlfahrtsamt als staatliche Einrichtung fortzuführen.“⁸⁰

Wegen des zu erwartenden Tätigkeitsumfangs sollten beide Arbeitersekretäre, also zu diesem Zeitpunkt Mehrlein und Hoff, übernommen werden. Sie würden gemeinsam mit zwei Volljuristen den Geschäftsbetrieb zu bewältigen haben. Es herrschte „volle Übereinstimmung“, „daß jede politische Betätigung im Rahmen der Rechtsauskunftsstelle ausgeschlossen ist; insbesondere auch Fragen danach, ob und wie die Auskunftsuchenden organisiert sind, unterblieben.“⁸¹

Eventuell erforderliche Neubesetzungen der Positionen der Arbeitersekretäre seien im Einvernehmen von Gewerkschaftskartell und Wohlfahrtsamt vorzunehmen.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieser Verständigung legten die Arbeitgeberverbände und die Gewerbekammer Protest ein: Wenn es sich bei der Öffentlichen Rechtsauskunftsstelle fortan um eine Kommunaleinrichtung handle, hätten sie ein Recht auf Mitentscheidung.⁸² Daraufhin kamen Link und der am 2. April zum Senator avancierte Mehrlein⁸³ überein, vor Neubesetzungen die Meinungen von Gewerkschaftskartell und Gewerbekammer einzuholen.⁸⁴ Am 3. Mai beantragte Bürgermeister Neumann als Vorsitzender des Wohlfahrtsamtes offiziell die „Übernahme“ der Rechtsauskunftsstelle durch den Staat, nachdem eine „Übernahme“ des Arbeitersekretariats durch die Rechtsauskunftsstelle vorausgegangen sei.⁸⁵

Im Mai erklärte das Gewerkschaftskartell, daß eine Mitentscheidung der Arbeitgeber bei der Auswahl der Arbeitersekretäre selbstverständlich nicht in Frage komme; Meinungsäußerungen würden aber entgegenkommen. Als Neumann, im Sinne der Arbeitgeberverlautbarung vom März, gegen diese von der Gewerkschaft vertretene Auffassung auftrat⁸⁶ und sich die Finanzbehörde auf denselben Standpunkt stellte⁸⁷, verhärteten sich die Fronten. Der Senat, der sich ebenfalls die Ansicht Neumanns zu eigen gemacht hatte, verwies die Angelegenheit an den Bürgerausschuß⁸⁸, der seinerseits eine fünfköpfige Kommission zur Prüfung einsetzte.⁸⁹

Offensichtlich verspürte niemand das Verlangen, sich in dieser festgefahrenen Lage zu äußern, jeder hielt dies wohl auch für aussichtslos. Den Vorwand, das gesamte Problem auch formal kaltzustellen, lieferte, vielleicht ungewollt, ein Antrag Neumanns auf Einrichtung einer weiteren Oberbeamtenstelle beim Wohlfahrtsamt; als Begründung war eine Überlastung des multifunktional eingesetzten Link genannt.⁹⁰ Die Finanzbehörde riet angesichts der Haushaltslage von der Realisierung dieses Vorschlags ab; der Senat folgte ihr, wobei er bestimmte, daß zuerst diese Frage entschieden werden müsse, bevor die Fusion von Arbeitersekretariat und Öffentlicher Rechtsauskunftsstelle weiterbetrieben werden könne. Im Moment sei die Sache daher „nicht spruchreif“.⁹¹

Erst im Sommer des folgenden Jahres, als das Arbeitersekre-

⁸⁰ Link an Mehrlein vom 17. 3. 1919 (NSAVII 46/15).

⁸¹ Beide Zitate ebd.

⁸² So die rückblickende Darstellung Neumanns; Wohlfahrtsamt an Senat vom 30. 5. 1919 (NSAVIII 46/15).

⁸³ Vgl. Rats-Eidebuch 1671–1933 (NSA III 2 a/1 b).

⁸⁴ Wohlfahrtsamt an Senat vom 30. 5. 1919 (NSAVIII 46/15).

⁸⁵ Wohlfahrtsamt an Senat vom 3. 5. 1919 (NSAVIII 46/15). – In der zweiten Verwendung des Wortes „Übernahme“ drückte sich eine gewisse, auch bei anderen Gelegenheiten zu beobachtende Überheblichkeit der bürgerlichen Politiker gegenüber dem Arbeitersekretariat aus. Außerdem sprach Neumann hier davon, daß „beide Stellen“ sich eines regen Zuspruchs erfreuen würden, ohne auf den Unterschied in der Popularität einzugehen.

⁸⁶ Wohlfahrtsamt an Senat vom 30. 5. 1919 (NSAVIII 46/15).

⁸⁷ Finanzbehörde an Senat vom 16. 6. 1919 (NSAVIII 46/15).

⁸⁸ Senatsprotokoll vom 2. 7. 1919.

⁸⁹ Protokoll Bürgerausschuß vom 13. 8. 1919.

⁹⁰ Neumann an Senat vom 16. 9. 1919 (NSAVIII 46/15).

⁹¹ Senatsprotokoll vom 29. 11. 1919.

⁹² Wohlfahrtsamt (Link) an Gewerkschaftskartell vom 4. 8. 1920 (NSA-VIII 46/15). – Auch der „Lübecker Volksbote“ fand das Erreichte „keineswegs besonders befriedigend“ (20. 10. 1920, S. 3), und zwar aus denselben Gründen wie Link, nicht etwa, weil man sich um den Fortbestand des Arbeitersekretariats sorgte.

⁹³ Allerdings liegt hierfür kein entsprechendes Dokument vor.

⁹⁴ Senatsprotokoll vom 9. 10. 1920.

⁹⁵ Wohlfahrtsamt an Senat vom 13. 10. 1920 (NSA VIII 46/15). Die Akten lassen auch die folgende Auslegung zu: Link wollte ein erneutes Scheitern des Projektes unbedingt vermeiden, weil es ihm bekanntlich um die Zusammenfassung aller Initiativen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege ging. Dabei, so könnte er gedacht haben, habe das Wohlfahrtsamt die Federführung zu übernehmen, denn bei privaten und gewerkschaftlichen Stellen sei die Gefahr einer Kräftezersplitterung nie ganz zu bannen.

⁹⁶ Senatsprotokoll vom 27. 10. 1920.

⁹⁷ Vgl. unten. Nachfolger von Mehrlein und Hoff als Arbeitersekretäre wurden der Lübecker Alfred Dreger und Josef Gogowski aus Posen. Gogowski war einer der engsten Genossen Rosa Luxemburgs in der Frage der sozialdemokratischen Polenpolitik vor dem Krieg; vgl. Peter Nettel, Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1965, S. 176 f. und S. 184. – In Lübeck war Gogowski erster Vorsitzender des zur Jahreswende 1919/20 gegründeten Mieterschutzvereins; vgl. „Lübecker Volksbote“ vom 19. 12. 1919, S. 3 sowie einen Rückblick auf das erste Geschäftsjahr im „Lübecker Volksboten“ vom 30. 11. 1920, S. 3.

⁹⁸ Der unerwartet geringe Anstieg bei den Besucherzahlen der ÖRA (vgl. Tabelle IV) deutet auf einen Boykott der ÖRA durch einen Teil der Arbeiterschaft, jedenfalls der Besucher der Vorjahre, hin. Vgl. unten.

⁹⁹ Gogowski an Wohlfahrtsamt vom 27. 11. 1920 (NSA VIII 46/15).

¹⁰⁰ Dieses quasi-unentgeltliche Verfahren konnte während der folgenden 10 Jahre beibehalten werden, was angesichts der mitunter dramatischen Finanzmisere der Hansestadt Beachtung verdient. Erst mit dem Gesetz vom 14. 5. 1930 wurden Gebühren eingeführt; Gesetz- und Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck 1930, S. 64.

¹⁰¹ „Lübecker Volksbote“ vom 31. 12. 1920, S. 3.

ariat erneut einen Staatszuschuß beantragte, wagte man sich wieder an das Thema heran. Wohlfahrtsamt und Gewerkschaftskartell gaben sich nun mit nur einem Volljuristen und einem Arbeitersekretär zufrieden, was, darin war man sich einig, den Anforderungen im Grunde nicht gerecht werde. Allerdings könne, so hoffte Link, ein Ausbau des Einigungswezens die Rechtsauskunftsstelle entlasten.⁹² Damit entfiel die auf die Finanzen abstellende Begründung, die im Vorjahr für ein Ende der Debatte gesorgt hatte. Jetzt schien sich auch der Stadtkämmerer gewogen gezeigt zu haben⁹³, erteilte aber immer noch nicht seine Zustimmung. Der Senat erklärte sich dann auch im Prinzip mit Verschmelzung und Verstaatlichung einverstanden, errichtete aber ein neues Hindernis: Die Rechtsauskunftsstelle, bislang für Benutzer unentgeltlich tätig, sollte Gebühren erheben.⁹⁴ Link wollte sich nicht ohne weiteres von einem der Grundsätze der von ihm aufgebauten Stelle verabschieden, stand aber auch unter dem Eindruck der Haushaltslage. Seine nur vier Tage später vorliegende Antwort war von taktischem Kalkül geprägt. Weil er die Ansicht des Gewerkschaftskartells zu dieser Frage ahnte, sie aber eigentlich vor der Eingliederung des Arbeitersekretariats in die Rechtsauskunftsstelle und der Übernahme der neuen Institution durch den Staat erörtert werden müsse, riet er zum Schweigen und regte an, den Verwaltungsakt erst einmal zu vollziehen; danach würden sich die Dinge schon regeln lassen.⁹⁵

So geschah es. Die abschließende Senatsentscheidung fiel am 27. Oktober, die Verstaatlichung wurde rückwirkend zum 1. des Monats erklärt.⁹⁶ Einer der beiden Arbeitersekretäre, Josef Gogowski, zog mit einer Schreibkraft zum 1. Januar 1921 ins Wohlfahrtsamt um.⁹⁷

Als die Frage der Gebührenerhebung offen diskutiert wurde, hätten sich die Gewerkschaften im Grunde getäuscht fühlen müssen, doch die Reaktion viel verhalten aus.⁹⁸ Gogowski schrieb, die „Einrichtung des Arbeitersekretariats ging von dem Grundsatz aus, die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege zu fördern“ . . . „Es würde begrüßt werden, wenn die Auskunftserteilung nach wie vor unentgeltlich erfolgen könnte.“⁹⁹

Er sei allenfalls mit der Erstattungspflicht für Briefporto sowie mit der Erhebung von 30 Pfennig pro Schriftstück einverstanden.¹⁰⁰

Der Ärger verrauchte rasch. Einen Tag vor dem Beginn der gemeinsamen Tätigkeit bat der „Lübecker Volksbote“ seine Leser, dem Arbeitersekretariat auch unter dem Dach des Wohlfahrtsamtes das Vertrauen zu beweisen. Er gab sich „der Hoffnung hin, daß diesem kleinen Schritt zur Verstaatlichung der Rechtspflege bald weitere auf diesem Gebiete folgen mögen.“¹⁰¹ Partei und Gewerkschaft waren offenkundig mit dem Erreichten zufrieden und schienen auch bereit, alte Rivalitäten mit der Rechtsauskunftsstelle zu vergessen. Zwar waren jetzt für schriftliche Arbeiten tatsächlich (geringe) Gebühren zu entrichten, dafür hatte man aber einen Teilerfolg im Rahmen eines politisch hochbewerteten Kampfes erzielt.

Die damals von den Befürwortern der Vereinigung erwar-

tete Addition der Besucherzahlen beider Stellen aus dem letzten Jahr der Selbständigkeit blieb aus. Nach dem Ergebnis für 1918 hätten es nun etwa 19 500 sein müssen. Alle Resultate der folgenden Jahre entsprachen nicht den Erwartungen, das Publikum reagierte teils zurückhaltend, teils gereizt auf das neue Konstrukt.¹⁰² Für das Ausbleiben des Anstiegs im erhofften Umfang könnten folgende Faktoren verantwortlich sein:

- a) Die Erweiterung der Kompetenzen des Einigungsamtes ging zu Lasten der Rechtsauskunftsstelle (allerdings war dies von Link ja gewünscht worden).
- b) Zahlreiche ehemalige Klienten des Arbeitersekretariats lehnten den Einzug Gogowskis ins Wohlfahrtsamt ab, waren gleichzeitig von der Erhebung von Gebühren, besonders aber von der Art und Weise, wie es zur Fusion gekommen war, verstimmt und boykottierten die Rechtsauskunftsstelle im Wohlfahrtsamt.
- c) Mit dem Neujahrstag 1921 ging nicht die gesamte Vielfalt der Tätigkeit des Arbeitersekretariats in der Rechtsauskunftsstelle auf, sondern nur die Auskunftsgebiete Bürgerliches Recht, Zivilrecht, Strafrecht und Sozialversicherungsrecht.

„In den Räumen des Sekretariats verbleibt das Gewerkschaftssekretariat, das vom Genossen Dreger geleitet wird, der über Arbeiterrechtsfragen, Betriebsrätegesetz und sonstige die Arbeiterbewegung betreffende Angelegenheiten Aufschluß gibt.“¹⁰³

Jedenfalls verfügte die Öffentliche Rechtsauskunftsstelle von nun an über zwei Leiter (und mehrere sich abwechselnde Stellvertreter), wobei der von Link eingestellte Jurist Müller allerdings als der für Verhandlungen mit städtischen Stellen einflußreichere galt.

Der Volljurist (Müller) bearbeitete Fragen aus folgenden Gebieten:

Bürgerliches Recht,
Handels- und Wechselrecht,
Strafrecht,
Zivil- und Strafprozeßrecht,
Staatsangehörigkeitsrecht.

Der Nichtjurist (Gogowski) war für die übrigen Bereiche zuständig:

Angestelltenversicherungsrecht,
Armenrecht,
Gewerbeordnung,
Reichsversicherungsordnung,
Privatversicherungsrecht,
Militär-, Schul- und Steuerrecht.¹⁰⁴

¹⁰² Vgl. Tabelle IV.

¹⁰³ „Lübecker Volksbote“ vom 31. 12. 1920, S. 3. Leider ist weder über Inanspruchnahme noch Dauer dieser gewerkschaftlichen Beratung etwas bekannt.

¹⁰⁴ Verwaltungsbericht der freien und Hansestadt Lübeck 1920, S. 390.

4. Zusammenfassende Schlußbemerkung

Am Ende des 19. Jahrhunderts war noch unentschieden, welche der innerhalb der Arbeiterbewegung wahrnehmbaren Strömungen sich durchsetzen würde und ob die vom Bürgertum getragenen Organisationen den Mitglieder- und Stimmenzuwachs bei Gewerkschaften und SPD würden aufhalten können. In Lübeck forderte Senator Klüggmann als einer der ersten hochgestellten Politiker den Ausbau sozialer Leistungen, um den Zulauf zur Arbeiterbewegung zu bremsen.

Während hier von Seiten des Staates zunächst wenig geschah, spitzte sich die soziale Lage für eine erhebliche Zahl von Lübeckern zu und sorgte so für ein weiteres Erstarken der Arbeiterbewegung. Eines ihrer wichtigsten Organe, das Arbeitersekretariat, wollte seine Klientel helfend belehren, was durchaus dem Zeitgeist entsprach (der „erhobene Zeigefinger“ galt noch nicht als verpönt). Die Jahresberichte beteuerten, daß im Arbeitersekretariat keine politische Agitation stattfinde. In gewisser Hinsicht traf dies zu. Platte Empfehlungen für die kommende Wahl oder zum Beitritt in eine Organisation dürften schon allein aus dem Grund unterblieben sein, um dem ideologischen Gegner keine Handhabe für Eingriffe administrativer Art zuzuspielen. Doch die auch von Hermann Link kritisierte „einseitige Beeinflussung“ lag bereits in der Natur der Sache. Wenn streikende Arbeiter oder ausgebeutete Dienstmädchen über ihre Rechte aufgeklärt wurden, trug dies, erstens, notwendigerweise klassenkämpferische Züge, führte, zweitens, der Arbeiterbewegung neue Sympathien zu bzw. festigte das Bewußtsein der bereits Aktiven und mußte, drittens, eine Reaktion des Bürgertums hervorrufen. So war dann auch die Rechtsauskunftsstelle anfangs unverhohlen als Kampfinstrument gedacht. Auch hier ist schwer vorstellbar, daß die zum Arbeitersekretariat bestehende Konkurrenzsituation während der Beratungsgespräche konsequent ausgeblendet worden ist.

Langfristig gesehen befand sich das Arbeitersekretariat gegenüber der modernen Kommunalwohlfahrtspflege, mit der Rechtsauskunftsstelle als Keimzelle, im Werben um das Vertrauen der Minderbemittelten auf verlorenem Posten, auch wenn ein Vergleich der Besucherzahlen das Gegenteil auszuweisen scheint. Das Arbeitersekretariat hätte vielleicht nur dann selbständig bleiben können, wenn es eine unmißverständlich radikale Ausrichtung angenommen und seine Besucher auf einen kompromißlosen Kampf gegen den bürgerlichen Staat eingeschworen hätte. Gerade im vergleichsweise wenig proletarisch geprägten Lübeck wäre ein solches Vorgehen mit erheblichen politischen Risiken verbunden gewesen. Daher setzte man in der Johannisstraße auf ein pragmatisches Arrangement mit dem Klassengegner. „Unvereinbar mit dem Geiste der Rechts- und Wohlfahrtspflege“ (Link 1914) war das Arbeitersekretariat sicherlich nie, und Hermann Link schwächte in den Kriegsjahren, als sich Arbeitervertreter gerade innerhalb der Kriegsfürsorge engagierten, sein Urteil deutlich ab. Immerhin blieb er bei seiner Auffassung, wonach ein Nebeneinander von Arbeitersekretariat und Öffentlicher Rechtsaus-

kunftsstelle eine angesichts der aktuellen Sozialprobleme unvertretbare Kräftezersplitterung darstelle. Seine Überzeugung erlaubte ihm, bei den Fusionsverhandlungen taktierend vorzugehen. Teile der Arbeiterbewegung erblickten hierin einen unstatthaften Winkelzug, meinten, die Führung habe ohne Not auf das bewährte eigene Arbeitersekretariat verzichtet und äußerten ihr Mißfallen auf verschiedene Weise.

Ob man, was das Aufgehen des Arbeitersekretariats im städtischen Wohlfahrtsamt anbetrifft, von einem Sieg des Bürgertums und von einer Niederlage der Arbeiterbewegung sprechen kann, war damals umstritten und scheint heute fraglich zu sein. Die Mehrheit in Sozialdemokratie und Gewerkschaften gab sich mit einem Zwischenerfolg, der Teilhabe an der Macht über den Staatsapparat, zufrieden. Darüber hinaus wußte man in der Johannisstraße, daß eine Zusammenarbeit mit der staatlichen Fürsorge wohl am ehesten konkrete Verbesserungen für die Minderbemittelten bringen würde.

Daher gab man die Selbständigkeit des Arbeitersekretariats auf, behielt allerdings noch einen organisatorischen Restbestand im Gewerkschaftshaus. Möglicherweise geschah dies, um bei einem Teil der Klientel, die vielfach die herkömmliche diskriminierende Armenfürsorge mit der neuen Kommunalwohlfahrtspflege gleichsetzte, gegenüber dem Wohlfahrtsamt bestehende Schwellenangst abzubauen; außerdem sollte wohl wenigstens ein vertrautes Element erhalten bleiben.

Wie lange die Beratungstätigkeit in der Johannisstraße fort-dauerte, läßt sich heute nicht mehr feststellen. In der Mitte der zwanziger Jahre, nach schweren wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen, wurde 1924 die Lübecker Organisation der Arbeiterwohlfahrt unter der Leitung des Sozialdemokraten Hermann Wolfradt gegründet. 1925/26 erfolgte mit der Schaffung der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt ein erneuter Vereinheitlichungsschub auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge. Ob das Arbeitersekretariats-Fragment in der Johannisstraße, wenn es überhaupt noch bestand, auch nach diesen Veränderungen weiterexistierte, ist ungewiß, allerdings sehr unwahrscheinlich, fehlt doch im „Lübecker Volksboten“ jeder Hinweis auf eine solche Stelle.

Das Arbeitersekretariat wirkte bei der Popularisierung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit und erreichte auch Bevölkerungsgruppen, die eigentlich nichts mit der organisierten Arbeiterschaft im Sinn hatten. Außerdem bildete es während der wichtigen Vorkriegsjahre, der Konsolidierungsphase der Lübecker Arbeiterbewegung, eine notwendige Instanz organisatorischer Konzentration und Effektivität. Daß viele spätere Arbeiterführer in der einen oder anderen Weise mit dem Arbeitersekretariat zu tun hatten, weist auf dessen Bedeutung hin.

Die Entwicklung von Arbeitersekretariat und Öffentlicher Rechtsauskunftsstelle spiegelt ein Teil der Politik des Bürgertums und der Arbeiterbewegung wider. Die Frage, welche Gruppe das Kräftemessen für sich entschied, kann auch aus der heutigen Distanz heraus nicht eindeutig beantwortet werden.

Daß das Arbeitersekretariat seine Selbständigkeit verlor, war Teilergebnis einer von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem politischen Establishment vertretenen Kompromißstrategie und muß, betrachtet man die innerhalb der Lübecker SPD bestehenden Machtverhältnisse, als zwangsläufig und beabsichtigt bezeichnet werden.

Zwar gehörte Theodor Schwartz im Reichstag der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ und später der USPD-Fraktion an¹⁰⁵, wohl zielte seine Kritik an der Politik der SPD auf weit mehr als die Befürwortung der Kriegskredite.¹⁰⁶ Doch legte Schwartz in seinem Wahlkreis allergrößten Wert auf die organisatorische Einheit der Partei und trat selbst nicht aus der Lübecker SPD aus – eine Haltung, mit der er innerhalb der Gruppe der abweichenden Reichstagsmitglieder eine „Sonderstellung“¹⁰⁷ einnahm. Bis zum Kriegsende bestand in Lübeck kein Orts- bzw. Regionalverband der USPD, neben Theodor Schwartz sollen nur wenige Mitglieder mit der Abspaltung sympathisiert haben.¹⁰⁸ Die Mehrheitssozialdemokraten verzichteten auf disziplinarische Schritte, Schwartz blieb Geschäftsführer der Parteizeitung, die dennoch stets für die Argumente der MSPD warb. Radikaloppositionelle Kräfte schlossen sich kaum in der USPD, die im April 1921 einging¹⁰⁹, sondern eher in der KPD zusammen.

Stellungnahmen der von der Mehrheitssozialdemokratie abweichenden Linken zum Arbeitersekretariat sind nicht überliefert. Sie befürworteten wohl kaum dessen Aufgehen im Wohlfahrtsamt. Wahrscheinlich besaßen sie einfach kein Sprachrohr, das ihren Protest an die Öffentlichkeit getragen hätte, denn

- die Arbeiter- und Soldatenräte waren frühzeitig mehrheitssozialdemokratisch dominiert¹¹⁰;
- der SPD-Bürgerschaftsfraktion gehörten, abgesehen von Theodor Schwartz, Mehrheitssozialdemokraten an;
- die KPD war erst ab November 1921, also lange nachdem die Zukunft des Arbeitersekretariats entschieden war, im Rathaus vertreten¹¹¹;
- der „Lübecker Volksbote“ scheint über die USPD nur so wenig wie unbedingt erforderlich berichtet zu haben, und wenn er es tat, dann stets mit unverhüllter Ablehnung der neuen Partei¹¹².

Daß es überhaupt Kräfte gegeben haben muß, die für ein selbständiges Fortbestehen des Arbeitersekretariats bei vollem Geschäftsumfang und gegen eine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle argumentierten, läßt sich nur indirekt erschließen, beispielsweise aus dem Umstand, daß auch nach dem Neujahrstag 1921 im Gewerkschaftshaus Auskünfte erteilt wurden sowie aus der Beobachtung, daß bei der Öffentlichen Rechtsauskunftsstelle ein Anstieg der Besucherzahlen im erwarteten Umfang ausblieb.

¹⁰⁵ Vgl. Susanne Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1974, S. 124 ff. und S. 171 f. sowie Erich Matthias/Eberhard Pikart (Bearb.), *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918*, Erster Teil, Düsseldorf 1966, S. CLXXXVIII f. und Eugen Prager, *Geschichte der U.S.P.D.*, Berlin/Bonn 1978 (Nachdruck der Ausgabe von 1921), S. 86 und S. 96. – Das von Max Schwarz hrsg. *Biographische Handbuch der deutschen Reichstage*, Hannover 1965, S. 245 ordnet Theodor Schwartz in der betreffenden Legislaturperiode der „SPD/USPD“ zu.

¹⁰⁶ So wollte Schwartz, folgt man der Wiedergabe seiner Rede durch den „Lübecker Volksboten“, „die fast ein halbes Jahrhundert hindurch propagierten Parteigrundsätze nicht so ohne weiteres beiseite schieben und sich für eine reine Reformpartei begeistern“ („Lübecker Volksbote“ vom 7. 3. 1916, S. 3).

¹⁰⁷ Miller, *Burgfrieden*, S. 171.

¹⁰⁸ Ein geheimer Polizeibericht vom 18. 9. 1918 an den Senat nennt die Zahl 25 (NSA IV 1 B, 5/1). Ob damit der Einfluß Schwartz' auf die Lübecker Partei, wie die Polizei schrieb, „sehr gemindert“ wurde, erscheint fraglich. Zwar zog nicht Theodor Schwartz, sondern Johannes Stelling in die Nationalversammlung und später in den Reichstag ein, doch gehörte Schwartz auch nach der Novemberrevolution der Bürgerschaft an, und zwar bis zu seinem Tod als Achtzigjähriger im April 1922.

¹⁰⁹ „Lübecker Volksbote“ vom 27. 4. 1921, S. 3.

¹¹⁰ Sie gründeten schon im Dezember 1918 die „Republikanische Soldatenwehr“, die sowohl gegen „Putsche von Anhängern des alten Regimes als auch solche von spartakistisch-bolschewistischen Wirrköpfen“ („Lübecker Volksbote“ vom 18. 12. 1918, S. 3) vorging.

¹¹¹ Osterroth, *Chronik*, S. 40.

¹¹² Vgl. z. B. „Lübecker Volksbote“ vom 4. 12. 1918, S. 2, vom 9. 12. 1918, S. 3 und vom 11. 12. 1918, S. 3.

Tabelle I: Die sozialdemokratischen Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen 1871–1919 in Lübeck

Jahr	Stimmen	
	absolut	in %
1871	543	22,0
1874	2230	32,4
1877	2514	31,9
1878	1588	20,2
1880	1324	15,5
1881	877	11,5
1884	2432	22,5
1887	4254	33,4
1890	6394	45,4
1893	7389	48,4
1898	9729	55,3
1903	11155	55,1
1907	11575	50,6
1912	13353	52,4
1919*	40246	58,9

* (Wahl zur Nationalversammlung)

Tabelle II: Mitgliederzahlen der im Gewerkschaftskartell zusammengeschlossenen Verbände 1893–1916

1893 : 1820	1905 : 7441
1894 : 1911	1906 : 8691
1895 : 1911	1907 : 10099
1895 : 2034	1908 : 9956
1896 : 2831	1909 : 10796
1897 : 2334	1910 : 11916
1898 : 3907	1911 : 12853
1899 : 5314	1912 : 13842
1900 : 6514	1913 : 14354
1901 : 6158	1914 : 11520
1902 : 6254	1915 : 10365
1903 : 7022	1916 : 7925
1904 : 7107	

Tabelle III: Mitgliederzahlen der Lübecker Sozialdemokratie 1894–1919 (Anm. 44).

1. April 1894 : 500	1909 : 3271
1899 : 1200	1910 : 3720
1900 : 1362	1911 : 4708
1901 : 1376	1912 : 5446
1902 : 1415	1913 : 5801
1903 : 1755	1914 : 8034
1904 : 1914	1915 : 7360
1905 : 1858	1916 : 6850
1906 : 2175	1917 : 5796
1907 : 3203	1918 : 6421
1908 : 3282	1919 : 9521

Tabelle IV: Besucherzahlen von Arbeitersekretariat und Rechtsauskunftsstelle 1901–1926 (Anm. 61).

Jahr	Arbeitersekretariat		Rechtsauskunftsstelle (absolut)
	absolut	davon in Gewerkschaft und/oder Sozialdemokratie organisiert (in %)	
1901	4545	61,50	–
1902	6052	58,35	–
1904	7019	53,16	–
1905	7058	51,77	3727 (8 Monate)
1906	8846	50,36	6110
1907	8766	53,43	6193
1908	9586	51,39	7151
1909	11041	54,88	.
1910	14358	50,54	.
1911	16122	52,06	6905
1912	14937	50,67	7238
1913	16617	51,25	6493
1914	16080	46,71	6545
1915	17392	26,04	5287
1916	16780	84,75	5008
1917	16672	38,11	4476
1918	15530	.	4590
1919	.	.	4931
1920	.	.	4862
1921	–	–	.
1922	–	–	8432
1923	–	–	9621
1924	–	–	9096
1925	–	–	10498
1926	–	–	10133